

1. v. b.
Königliches Friedrich Wilhelms-Gymnasium zu Posen.

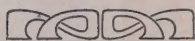
Beilage zum Jahresberichte Ostern 1908.

Reformation und Gegenreformation in Fraustadt

Teil II.

Von

Oberlehrer Dr. Hugo Moritz.



Programm Nr. 220.

Posen 1908.

Merzbach'sche Buchdruckerei.

D53
M826
v. 2

73632

~~LD53~~
~~M 26~~
v. 2

BR
359
F73
M67
1907
v. 2



IV. Die Gegenreformation bis zur Rückgabe der Pfarrkirche und der Erbauung des Kripplein Christi¹⁾.

Von den staatlichen oder kirchlichen Gewalten wurde die Stadt wegen des protestantischen Gottesdienstes zunächst nicht angefochten. Es ist bemerkenswert, daß in dem langen Streit mit Mattheus Richter die Frage des Bekenntnisses kaum gestreift wird.

Erst mit dem Regierungsantritt Stephan Bathorys, als sich überhaupt die katholische Reaktion in Polen zu erheben begann, wurde das anders. Bald nach seiner im Jahre 1576 erfolgten Thronbesteigung — das genaue Datum kennen wir nicht — setzte der neue König einen gewissen Matthias Grzempski als Pleban ein²⁾. Über die früheren Schicksale dieses Mannes, der für die Geschichte Fraustadts so bedeutungsvoll werden sollte, wissen wir nichts Näheres. Mit seinem vollen Namen wird er als Matthias Grzempski Niemierza³⁾ de Dolega bezeichnet⁴⁾. Er war also Edelmann. Die Hoffmannsche Chronik entstellt seinen Namen vielfach, wohl nicht ohne Absicht, zu Schimpky, während sie sonst die richtige Namensform hat. Mit den Beschränkungen, die ihm sein geistlicher Stand auferlegte, scheint Grzempski es nicht gar zu ernst genommen zu haben, da wir ihn später im Besitze einer Tochter finden, die sich im Jahre 1605 verheiratete⁵⁾. Hierauf zielt Valerius Herberger jedenfalls, wenn er in einer Polemik gegen den Jesuiten Michael Horn schrieb, Luther sei in den Ehestand getreten, „damit sein Weib und Kinder der Legitimation und ehrlichen Zeugnisses nicht erst

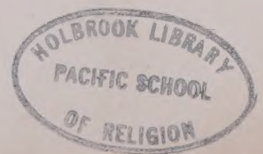
¹⁾ Wegen der Quellen vgl. die Einleitung zum ersten Teil der Arbeit, Beilage zum Jahresbericht Ostern 1907. — Die bei Thomas, Altes und Neues S. 80 (danach bei Werner-Steffani S. 217) angeführte Schrift des Meseritzer Diakonus M. Christian Besoldus, *Memoria praesepis Christi* (Frankfurt a. O. 1666), die sich auf die Geschichte des Kripplein Christi in Fraustadt beziehen soll, habe ich nirgends auffinden können. Da Thomas ausdrücklich sagt, dass er sie nicht selbst in Händen gehabt habe, auch Clapius und Lauterbach sie nicht erwähnen, halte ich es für möglich, dass die Angabe auf einem Irrtum beruht.

²⁾ Nach dem bald zu erwähnenden königlichen Mandate vom 10. Juni 1577.

³⁾ Wiederholt lautet der Name auch umgestellt: Matthias Niemierza Grzempski. Neben „Niemierza“ findet sich auch „Niemiera“. Doch scheint die erste Form vorzuziehen zu sein.

⁴⁾ So im Jahre 1588 in dem Protocollon iudicii terrestis Wschowensis 1583—1602 f. 60a, im Jahre 1592 im Ratsbuch XVII f. 77 b. — Der ursprüngliche Familienname war wohl Niemierza, ein Name, der auch sonst vorkommt (Bobrowicza, Herbarz Polski Bd. VI S. 546 f.). Grzempski oder Grzembski nannte sich die Familie nach dem Dorfe Grzemby im Lande Dobrzyn, wo ein Oheim unseres Plebans Nicolaus Grzembski ansässig war (Inscript. Wschow. 1602—03 f. 200 a). Auch nach Pawinski (Polska XVI wieku Bd. I S. 307) gab es im Jahre 1564 in diesem Dorfe verschiedene Edelleute des Namens Grzembski. Dolega ist die Bezeichnung des Wappens (Herbarz Polski Bd. III S. 362).

⁵⁾ Mit einem „polnischen Bastard“ (cum notho polonico), H. 1605, 5.



bedürften, wie sonst einem andern Pleban geschehen“¹⁾. Gleichzeitig mit der Ernennung Grzempskis regten sich auch die katholischen Bürger Fraustadts, indem sie zwischen der Stadt und dem Dorf Geyersdorf ein „Fanum“, d. h. wohl eine Kapelle oder ein Heiligenbild, errichteten²⁾.

Natürlich erkannte die Stadt den neuen Pleban nicht ohne weiteres an. Dieser wandte sich an den König, der sich damals aus Anlaß des Krieges gegen die Stadt Danzig in Marienburg aufhielt. Am 10. Juni 1577 befahl Stephan Bathory den Bürgern von Fraustadt, an Grzempski alles auszuliefern, was zur Pfarrei gehöre, und ihn in keiner Weise an der Ausübung seines Amtes zu hindern³⁾. Amtlich der Stadt zugestellt wurde dies Mandat erst am 23. September⁴⁾. Die Gesandtschaft, welche die Stadt Ende Juli an das königliche Hoflager sandte⁵⁾, dürfte daher mit der Sache noch kaum zu tun gehabt haben. Ebenso dürfte es nicht ganz richtig sein, wenn Hoffmann berichtet, daß Grzempski schon am 21. September in die Pfarrei habe eingewiesen werden sollen. Die Angelegenheit wurde übrigens, wie Hoffmann hinzufügt, vom Rate, der sich jedenfalls dieser unangenehmen Verpflichtung entziehen wollte, „bis nach der Kur“, d. h. bis nach der Wahl des neuen Rates verschoben⁶⁾. Da diese in diesem Jahre ausnahmsweise nicht um Michaelis, sondern erst am 13. November stattfand⁷⁾, so war damit eine ziemlich bedeutende Verzögerung gegeben. Unterdessen war Grzempski auch von dem Bischof von Posen, Lucas von Koscielec, investiert worden⁸⁾. Als die Stadt ihn trotzdem nicht anerkannte, erließ der König am 3. Oktober, wieder aus Marienburg, ein zweites, wesentlich schärfer gehaltenes Mandat, in dem er den Bürgern ernstlich befahl, Grzempski anzuerkennen, ihm die Einkünfte der Kirche zukommen zu lassen und ihm über diese Rechnung zu legen⁹⁾. Am 21. Oktober wurde es dem Rate amtlich zugestellt¹⁰⁾. Gleichzeitig forderte Grzempski persönlich die Auslieferung der Kirche. Der Rat verweigerte diese und verwies ihn, wie das Grodbuch berichtet, auf den Rechtsweg¹¹⁾. Ob zwei Gesandtschaften, die um diese Zeit von der Stadt an den Woiwoden von Posen und unmittelbar darauf an den König abgesandt wurden¹²⁾, mit der Sache Grzempskis in Verbindung standen, muß zweifelhaft erscheinen, zumal der Stadtschreiber in seinem Bericht über die zweite, an den König

¹⁾ Lauterbach, Zion S. 279. — Vielleicht gehört hierher die königliche Legitimation für Elisabeth und Katharina, die unehelichen Töchter der Fraustädter Bürgerin Katharina Laube (dat. Warschau 15. Oktober 1592), die Grzempski ins Ratsbuch eintragen liess (Ratsbuch XVII f. 77 b, auch Vogtbuch 1592—96 f. 90, Inscr. Wschow. 1592—93 f. 191 b). Dass Grzempski zu der Katharina Laube (Labianka) in persönlichen Beziehungen stand, geht auch aus einer späteren Eintragung hervor (Inscr. Wschow. 1602—03 f. 200 b).

²⁾ H. 1577, 33.

³⁾ Abschrift, Inscript. Wschow. 1577—83 f. 62 a.

⁴⁾ Nach der angeführten Stelle des Grodbuchs.

⁵⁾ Ratsbuch XII f. 219 a.

⁶⁾ H. 1577, 19.

⁷⁾ Vgl. das Wahlprotokoll, Ratsbuch XII f. 240 a.

⁸⁾ Nach dem gleich zu erwähnenden königlichen Mandat vom 3. Okt.

⁹⁾ Abschrift, Inscr. Wschow. 1577—83 f. 67 b.

¹⁰⁾ A. a. O. f. 67 b; H. 1577, 21.

¹¹⁾ Inscr. Wschow. 1577—83 f. 68 a.

¹²⁾ H. 1577, 22, 23, 24, 28.

gerichtete, der kirchlichen Angelegenheiten nicht gedenkt¹⁾. Sicher dagegen bildeten diese den Hauptgegenstand einer neuen, aus dem Stadtschreiber Gregor Müller und dem Kürschner-ältesten Caspar Andres bestehenden Mission, die Fraustadt am 25. Januar 1578 verließ und sich nach Warschau richtete, wohin der königliche Hof nach Beendigung des Krieges mit Danzig verlegt worden war²⁾. Wirklich sollten die Vertreter der Stadt wenigstens einen teilweisen Erfolg haben. Am Gregoriustage, dem 12. März, erteilte der König ihnen, wie der Stadtschreiber im Ratsbuch berichtet, Audienz und ließ ihnen, nachdem die übrigen Vornehmen sich entfernt hatten, durch den protestantenfreundlichen Woiwoden von Posen, Stanislaus von Gorka, beruhigende Versicherungen geben. Er habe eidlich versprochen, die Augsbургische Konfession in den Orten, in denen sie bei seiner Krönung in Geltung gewesen sei, zu schützen. Da die Stadt Fraustadt schon mehr als 26 Jahre in ihrem Besitz sei, so solle sie bei ihr bleiben. Der neue Pfarrer solle keine Macht haben, irgend etwas in der Kirche zu ändern. Wegen der Kirchengüter solle sich die Stadt so mit ihm vergleichen, daß die evangelischen Prediger nicht geschädigt würden. Mit diesem Bescheide kehrte der Stadtschreiber — von seinem Begleiter ist nicht weiter die Rede — am 1. April nach neunwöchentlicher Abwesenheit nach Fraustadt zurück³⁾.

Da es Grzempski offenbar nur auf die Einkünfte der Pfarrei, nicht auf die Wiedergewinnung der Stadt für den alten Glauben ankam, so war nun ein Weg zur Verständigung gegeben. Freilich dauerte es noch über zwei Jahre, bis eine solche wirklich zustande kam. Erst nachdem Grzempski die Stadt noch wiederholt vor Gericht geladen hatte⁴⁾, wurde am 28. Juni 1580 ein Vergleich abgeschlossen, nach dem der Pleban jährlich am Martinstage 60 Gulden aus den kirchlichen Einkünften erhalten sollte⁵⁾. Außerdem bekam er den Pfarrgarten, der dem evangelischen Prediger Martin Arnold genommen wurde⁶⁾. Von dem Posener Bischof wurde ihm ein in der Vorstadt belegenes kirchliches Grundstück überwiesen, auf das er im Jahre 1585 von dem Fraustädter Bürger Peter Deutschlender (das Grodbuch nennt ihn Daycznaider) 120 Gulden aufnahm⁷⁾.

Da Grzempski durch sein Amt als Pleban nicht weiter in Anspruch genommen wurde, er wohl auch von der geringen Abfindungssumme nicht leben konnte, so übernahm er daneben die Stelle des Grodschreibers (Notarius castrensis). Als solcher begegnet er uns seit dem Jahre 1582 wiederholt in den Grod- und Stadtbüchern⁸⁾. Im Jahre 1591 legte er dies Amt wieder nieder⁹⁾. Doch erscheint er im Jahre 1598 noch einmal als Vertreter des Starosten¹⁰⁾. Bei

¹⁾ Zu H. 1577, 28.

²⁾ H. 1578, 2.

³⁾ Ratsbuch XII f. 273 b., Zu H. 1578, 8.

⁴⁾ Inscr. Wschow. 1577—83 f. 184.

⁵⁾ Aufzeichnung des Stadtschreibers im Ratsbuch XII f. 273 b., abgedruckt zu H. 1578, 8.

⁶⁾ H. 1580, 11.

⁷⁾ Ratsbuch XIV f. 418 a, Resignationes Wschowenses 1575—91 f. 78 b.

⁸⁾ Inscriptiones Wschowenses 1577—83 f. 324 a, 327 a (1582); Resignationes Wschowenses 1575—91 f. 78 b und Ratsbuch XIV f. 418 a (1585); Inscr. Wschow. 1584—88 f. 426 b (1588). Dass es sich um dieselbe Person handelt, ergibt sich aus den beiden Erwähnungen des Jahres 1585, die ihn mit beiden Titeln (Pleban und Grodschreiber) nennen, während er sonst stets nur mit einem derselben bezeichnet wird.

⁹⁾ Inscriptiones Wschowenses 1588—91 f. 207 a.

¹⁰⁾ Inscr. Wschow. 1598—99 f. 202 a.

dieser Gelegenheit führt er zum ersten Male neben seinem Fraustädter Titel den eines Plebans von Strzelce. Gemeint ist wohl Groß-Strzelce im Kreise Gostyn (früher Kreis Kröben), da dies das einzige Pfarrdorf dieses Namens in unserer Provinz ist bzw. war. Im Jahre 1602 ernannte er — wieder mit beiden Titeln bezeichnet — einen Fraustädter Bürger zu seinem Bevollmächtigten¹⁾. Doch scheint er sich auch nach seiner Ernennung zum Pleban von Strzelce vielfach in Fraustadt aufgehalten zu haben, da er in dem von 1600 bis 1604 dauernden Prozeß über die Rückgabe der Pfarrkirche meist persönlich vor dem Grodgericht erscheint.

Zwischen Grzempski und der Stadt scheint zunächst gutes Einvernehmen geherrscht zu haben. Allmählich aber wuchs die Begehrlichkeit des Plebans. Im Jahre 1586 schenkte ihm der Rat eine Badestube, die er sich im Pfarrgarten aufbauen ließ²⁾. Im gleichen Jahre verlangte und erhielt er zum ersten Male einen Anteil an der Heuernte der städtischen Vorwerke³⁾, wie ihn allerdings auch die Mitglieder der Stadtbehörden und die evangelischen Prediger bekamen⁴⁾. Im Jahre 1587 ließ er auf der sogenannten „Fischerei“ eine Schenkstube erbauen und tat der Stadt durch Ausschanken von „Schöps“ (fremdem Bier) viel Schaden. Trotz mehrfacher Verbote an die Bürgerschaft, den Ausschank Grzempskis zu besuchen, blieb dieser bestehen und wird noch im Jahre 1598 erwähnt. Ja, Hoffmann wirft den Ratsherrn vor, daß sie selbst ihr eigenes Verbot zuerst übertreten hätten⁵⁾. Im Jahre 1589 mußte sich die Stadt dazu verstehen, die jährliche Abgabe an den Pleban auf 80 Gulden zu erhöhen, „damit die Kirche befriedet bleiben möchte“⁶⁾.

Trotzdem erließ der König — es war jetzt Sigismund III. — im folgenden Jahre, am 18. Juni 1590, ein Mandat, durch welches er nach wiederholter vergeblicher Vorladung der Stadt die Rückgabe der Pfarrkirche an die Katholiken befahl. Allerdings machte Grzempski von diesem Mandat vorläufig keinen Gebrauch; selbst ins Grodbuch ließ er es erst im Jahre 1602 eintragen⁷⁾. Auch sonst scheint in den neunziger Jahren in kirchlicher Beziehung ziemlich Ruhe geherrscht zu haben. Nur einige vereinzelte Notizen zeigen uns, daß es doch nicht ganz an Reibungen fehlte. Was es allerdings mit der im Februar 1591 von Grzempski durchgesetzten Niederreißung des Turmes „auf dem Kirchlein“⁸⁾ für eine Bewandnis hat, welches Kirchlein überhaupt gemeint ist, ist nicht recht ersichtlich. Zum Jahre 1594 hören wir, daß Grzempski auf Grund eines königlichen Dekrets in die städtischen Güter eingewiesen worden sei, die Stadt aber die Einweisung nicht zugelassen habe⁹⁾. Im Jahre 1597 wurde die jährliche Abfindungssumme auf 100 Gulden erhöht¹⁰⁾. Im Jahre 1598 sollen nach Lauterbach¹¹⁾ „allerhand citationes und Gefährlichkeiten der Kirchen wegen eingelaufen“ sein, ohne daß wir jedoch in den zeitgenössischen Quellen eine Bestätigung dieser Nachricht fänden.

1) Vogtbuch 1600—1604 f. 155 a.

2) H. 1585, 30.

3) H. 1586, 28.

4) Nach den Stadtrechnungen des 17. Jahrhunderts.

5) H. 1587, 27, 36, 49; 1598, 11, 53, 63.

6) H. 1589, 2.

7) Inscr. Wschow. 1602—03 f. 124 b.

8) H. 1591, 4.

9) Inscr. Wschow. 1594 f. 9.

10) Inscr. Wschow. 1604—05 f. 390 a.

11) Leben Herbergers S. 130.

Wirklich ernste Gefahren traten für die evangelische Kirche Fraustadts erst mit dem Beginn des 17. Jahrhunderts ein. Wenn Grzempski, der sich bisher zwanzig Jahre lang mit einer geringen Abfindungssumme begnügt hatte, nun plötzlich wieder mit Nachdruck die Auslieferung der Pfarrkirche, sowie überhaupt alles kirchlichen Eigentums forderte, so entsprang dies wohl weniger persönlichem Ehrgeiz oder Glaubenseifer, als der allgemeinen Strömung der Zeit. Rüstete sich doch gerade damals die katholische Kirche überall in Polen zu vernichtenden Schlägen gegen den Protestantismus. Wir brauchen, um uns auf unsere Provinz zu beschränken, nur daran zu erinnern, daß im gleichen Jahre wie Fraustadt auch Meseritz, Brätz und Schwerin ihre Pfarrkirchen verloren¹⁾, daß die Posener protestantischen Gotteshäuser seit 1605 wiederholt von dem Pöbel unter Führung von Jesuitenschülern in Brand gesteckt oder zerstört wurden²⁾. Gleichzeitig setzte auch in Schlesien eine schärfere gegenreformatorische Bewegung ein. Dieser Lage der Dinge war man sich in Fraustadt, wie wir aus den Bemerkungen Hoffmanns³⁾ sehen, wohl bewußt. Ob man freilich mit der loyalen, auch von Lauterbach⁴⁾ noch vertretenen Annahme, daß König Sigismund III. persönlich milder gesinnt sei und nur dem Drängen seiner Ratgeber nachgebe, recht hatte, wird sich schwerlich mit Bestimmtheit entscheiden lassen.

Die evangelische Bürgerschaft Fraustadts war in dem neuen Kampfe umso schlimmer daran, als der Starost, der bei Einführung der Reformation auf ihrer Seite gestanden hatte, jetzt zu ihren Gegnern gehörte. Wenn wir schon bei Johann Gorski (1574—88)⁵⁾, dem Sohn und Nachfolger Matthias Gorskis, nicht wissen, ob er sich noch zur protestantischen Kirche hielt, so waren Georg Kretkowski (1588—91)⁶⁾ und Wenceslaus Kielczewski (seit 1592)⁷⁾ unzweifelhaft Katholiken. Bei dem ersteren ersehen wir es aus einem Gespräche des Jahres 1593, über das sich im Vogtbuche einige Aufzeichnungen finden⁸⁾. „Wenn der verstorbene Herr Hauptmann nicht gestorben wäre“, — so sollte sich ein katholischer Teilnehmer der Unterhaltung, übrigens ein Sohn jenes Stanislaus Krause („des alten Sichelschmiedes“), dem wir den ausführlichen Bericht über die Einführung der Reformation verdanken, geäußert haben — „so hätte er vorlängst allhier eine Kirche eingenommen, es wäre auch, welche es wolle.“ Die Zugehörigkeit Kielczewskis zur katholischen Kirche ergibt sich namentlich aus seiner Teilnahme an der Frohnleichnamsprozession des Jahres 1605⁹⁾. Auch von der religiösen Frage abgesehen, stand Kielczewski mit der Stadt keineswegs in freundlichem Einvernehmen. — Besonders eifrig scheint sich für die katholische Sache der Grodschreiber Jacob Jableczki bemüht zu haben, den Hoffmann (er nennt ihn irrtümlich Jabolynsky) einmal als „fax et tuba

1) Fischer, Versuch einer Gesch. d. Reform. in Polen Bd. II S. 147. Zu Meseritz vgl. Werner-Steffani S. 211, Wotschke in Zeitschrift d. Hist. Ges. f. d. Prov. Posen Bd. 21 S. 126 ff., zu Schwerin Werner-Steffani S. 375.

2) Fischer, a. a. O. S. 135 ff., H. 1606, 19.

3) H. 1604, 44.

4) Zion S. 205 f.

5) H. 1574, 13; 1588, 22.

6) H. 1588, 33; 1591, 34.

7) H. 1592, 33.

8) Vogtbuch 1592—96 f. 119—122.

9) H. 1605, 25.

huius mali“ bezeichnet¹⁾. Der spätere Pleban Krzycki, der Nachfolger Grzempskis, überließ ihm dafür im Jahre 1609 auf Lebenszeit ein der Pfarrkirche gegenüberliegendes Haus²⁾.

Ein wirkliches Bedürfnis für die Zurückforderung der Pfarrkirche bestand bei der offenbar äußerst geringen Zahl katholischer Einwohner in Fraustadt ebenso wenig wie in den anderen genannten Städten³⁾. War man doch, wie wir noch sehen werden, nach erfolgter Rückgabe aus Mangel an Zuhörern kaum imstande, Gottesdienst zu halten. Die auf Nerreter zurückgehende, in allen neueren Darstellungen wiederholte Behauptung, daß sich damals nach und nach mehrere Katholiken aus den niedrigsten Ständen — wie einige hinzufügen, auf Veranlassung der Jesuiten oder der katholischen Geistlichkeit — auf der sogenannten Freiheit, einem der geistlichen Jurisdiktion unterworfenen Stadtteile, angesiedelt hätten und daß die katholische Partei darauf die Zurückforderung der Pfarrkirche gegründet habe⁴⁾, beruht auf einem Irrtum. Diese Ansiedelung von Katholiken auf der „Freiheit“ erfolgte vielmehr erst zu Anfang des 18. Jahrhunderts, mehr als hundert Jahre nach unserer Zeit⁵⁾.

Den Verlauf des neuen Prozesses, der nach vierjähriger Dauer zur Abtretung der Pfarrkirche führte, können wir, dank den ausführlichen Mitteilungen Hoffmanns, der von Michaelis 1603 bis 1605 als Schöffe im Stadregiment saß, und den zahlreichen einschlägigen Aufzeichnungen der Grodbücher ziemlich genau verfolgen. Zu den genannten Quellen treten noch einige wichtige Nachrichten der Oberpritschener Kirchenbücher, während die Stadtbücher und die städtischen Kirchenbücher merkwürdigerweise so gut wie nichts bieten. Die Mitteilungen Lauterbachs⁶⁾, dem hier wie sonst die Neueren gefolgt sind, beruhen größtenteils auf dem Oberpritschener Kirchenbuch und werden erst gegen das Ende des Prozesses etwas ausführlicher. Festzuhalten ist, daß es sich von Anfang an grundsätzlich nicht nur um die Pfarrkirche, sondern um alles frühere kirchliche Eigentum, also auch um die anderen, größtenteils zu weltlichen Zwecken verwandten oder ganz zerstörten Kirchen und Kapellen handelte, wenn dies auch nicht immer mit gleicher Deutlichkeit hervortritt.

Doch nun zu dem Prozesse selbst. Schon zu Anfang des Jahres 1600 hatte Grzempski die Stadt vor das Grodgericht geladen. Die Sache wurde aber — weshalb, wissen wir nicht — mit Einwilligung beider Parteien immer wieder vertagt⁷⁾. Da erließ am 19. November d. J. der König aus Warschau einen Brief, in dem er die Stadt aufforderte, ihr Versprechen, die kirchlichen Gebäude und Besitzungen an die Katholiken zurückzugeben, endlich zu erfüllen. Wann und von wem eine solche Zusage gegeben worden ist, wissen wir allerdings nicht; doch werden wir annehmen müssen, daß städtische Gesandte, wie sie oft in allen möglichen Angelegenheiten am Hofe zu tun hatten, sich, um die Gunst des Königs zu gewinnen, in dieser Beziehung entgegenkommend geäußert haben mögen. Ein bindendes schriftliches Versprechen

¹⁾ H. 1604, 56.

²⁾ Resignationes Wschow. 1596—1613 f. 359 b, Bestätigung des Bischofs von Posen vom 12. 8. 1610, Inscr. Wschow. 1608—10 f. 466 a.

³⁾ In Brätz z. B. blieb die Pfarrkirche seit der Rückgabe an die Katholiken überhaupt unbenutzt, s. Wutke, Städtebuch S. 274.

⁴⁾ Nerreter in Fischers Evangelischem Hausfreund Bd. I S. 222 (wörtlich danach Fischer, Versuch etc. Bd. II S. 148 Anm.), Specht S. 49, Braune S. 28, Werner-Steffani S. 68, Engelmann S. 25.

⁵⁾ Friebe (vgl. Teil I S. 8 Anm. 10) S. 41.

⁶⁾ Leben Herbergers S. 309—13, Zion S. 326—32.

⁷⁾ Inscript. Wschowenses 1600—1601 f. 4b, 37b, 48b, 90b.

lag jedenfalls nicht vor, da die katholische Partei es sonst zweifellos im Verlaufe des Prozesses vorgebracht haben würde. Nur unter der erwähnten Voraussetzung, so fährt der König fort, habe er der Stadt eine Vermehrung ihrer Privilegien bewilligt¹⁾; er dachte hierbei wohl in erster Linie an die im Jahre 1598 erfolgte Bestätigung bzw. Neuverleihung der freien Ratswahl²⁾, die allerdings eine solche Klausel nicht enthält. Er schloß mit der Drohung, unter Umständen strengere Maßregeln zu ergreifen³⁾. Am 20. März 1601 übergab Grzempski diesen Brief dem Rate⁴⁾. Am gleichen Tage wurden auf seine Veranlassung die Überreste der kleineren Kirchen und Kapellen durch den Ministerial⁵⁾ in Gemeinschaft mit zwei Edelleuten besichtigt und der Befund ins Grodbuch aufgenommen⁶⁾.

Am 16. April standen sich beide Parteien wieder vor dem Grodgericht gegenüber. Die Sache wurde jedoch abermals vertagt, da man erst den Amtsantritt des neuen Bischofs von Posen (Laurentius Goslicki) abwarten und einen gütlichen Vergleich durch Vermittelung des Starosten versuchen wollte⁷⁾. Von einem solchen Versuch hören wir dann allerdings nichts. Vielmehr mischte sich Grzempski jetzt auch in innere städtische Angelegenheiten ein, indem er am Michaelistage (29. September d. J.) gegen die eben erfolgte Ratswahl⁸⁾ protestierte, da der König dies Privileg wie andere nur unter der Voraussetzung der Rückgabe der Kirchen erteilt habe⁹⁾. Als besonderen Klagepunkt fügte er noch an, daß dem Starosten kein Katholik für den Rat präsentiert worden sei¹⁰⁾. Irgendwelchen Erfolg hatte sein Protest freilich nicht.

1) Die Stadt wisse, „ea potissimum ratione civitatem eam immunitatem nonnulla accessione a nobis auctam datamque esse“.

2) Orig. Dep. Frst. A. 103, Stan S. 36. Vgl. Lauterbach, Zion S. 237.

3) Quod ni fecerunt, alia quae agi debeant, videbimus.

4) Inscr. Wschow. 1600—1601 f. 332 a; der Brief selbst wurde erst nachträglich am 20. Juni ins Grodbuch eingetragen, ib. f. 468 a.

5) Der Ministerial war gerichtlicher Vollziehungsbeamter.

6) Inscr. Wschow. a. a. O. f. 332 b. — Der Bericht bietet uns wenig Neues. Die Frohnleichnamskirche, an deren Stelle ja die Fleischbänke gekommen waren, wird gar nicht erwähnt, ebenso die Kirche des Georgsspitals, deren übrigens auch in den Berichten über die Zerstörung des katholischen Kirchenwesens nicht gedacht wird. Von der Allerheiligenkirche, einer uns sonst unbekannten Martinskirche (der Name muss wohl auf einem Irrtum beruhen), der Liebfrauenkirche mit der Valentinskapelle und der Kirche des Lorenzspitals wird in ziemlich allgemeinen und gleichförmigen Ausdrücken berichtet, dass sie verwüstet und alles Schmuckes beraubt seien, von den beiden letzteren auch, dass in ihnen „ungebührliche Beschäftigungen“ (illicita negotia) betrieben würden. Die Kirche des Nicolausspitals in der Glogauer Vorstadt sei zwar wieder hergestellt, entbehre aber jedes Gottesdienstes. Auf dem Grundstück des Bernhardinerklosters seien von den Bürgern viele neue Gebäude errichtet worden, u. a. „in sacrario“, d. h. wohl auf dem Boden der alten Klosterkirche ein Haus der Tuchmacher. Der bei dem Brande stehen gebliebenen Annenkapelle wird nicht besonders gedacht. — Zur Lage der Kirchen und der Geschichte ihrer Zerstörung oder Profanierung vgl. Teil I unserer Abhandlung S. 6 f., 18.

7) „ex quo moderni reverendissimi domini episcopi Posnaniensis adventus in episcopatum suum Posnaniensem adhuc est prolongatus, tum etiam ob spem amicabilem ineundae compositionis per medium magnifici Wenceslai Kielczewski capitanei Wschowensis uti arbitri ab utraque parte“. Inscr. Wschow. 1600—1601 f. 385 b.

8) Ratswahlprotokoll, Ratsbuch XIX f. 441 a.

9) Vgl. den vorigen Absatz.

10) Inscr. Wschow. 1600—1601 f. 559 b.

Fast ein Jahr lang ruhte der Prozeß¹⁾. Erst am 4. Oktober 1602 ließ Grzempski durch den Ministerial von neuem die Auslieferung der Kirchen fordern. Die städtischen Behörden erbaten sich einige Stunden Bedenkzeit, gaben dann aber, wie der Ministerial ins Grodbuch eintragen ließ, überhaupt keine Antwort²⁾. Infolgedessen zitierte der Starost die Stadt noch am gleichen Tage auf den 21. Oktober vor das Grodgericht; er fügte hinzu, daß sie wegen ihres Trotzes in eine Buße von 1000 Gulden verfallen sei³⁾. Als aber der Termin herangekommen war, wurde die Sache wieder auf die erste Sitzung des nächsten Jahres verschoben⁴⁾. Um seine Forderungen besser zu begründen, hatte sich Grzempski inzwischen offenbar bemüht, Personen aufzufinden, die sich noch an die Zustände vor Einführung der Reformation erinnern konnten. Leicht mag ihm dies nicht geworden sein, da der Beginn der Umgestaltung des Kirchenwesens schon fünfzig Jahre zurücklag und fast alle Einwohner Fraustadts sich dem Protestantismus zugewendet hatten, also auch die meisten derer, die noch lebten, sicher nicht geneigt waren, den Pleban in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Trotzdem gelang es ihm, einen wichtigen Zeugen zu finden. Es war der alte, damals bei seinem Sohne, dem Pfarrer von Ilgen, wohnhafte Schmied Stanislaus Krause. Am 21. Oktober, unmittelbar nach der Vertagung des Prozesses, und am 28. Dezember machte dieser vor dem Grodgericht seine beiden ausführlichen Aussagen, die wir in dem ersten Teil unserer Abhandlung bereits abgedruckt und verwertet haben.

Auch im Jahre 1603 schien es zunächst, als ob die Verschleppung weiter gehen sollte. In den Grodgerichtssitzungen vom 21. April und 6. Mai wurde die Verhandlung wieder vertagt, das zweite Mal allerdings mit der Begründung, daß die Stadt den Starosten gebeten habe, beim Bischof von Posen die Einsetzung einer Kommission zu befürworten⁵⁾. Die städtischen Behörden mochten wohl eingesehen haben, daß eine Verschleppung in der bisherigen Art nicht mehr möglich sei. Tatsächlich begaben sich um Pfingsten (18. Mai) zwei städtische Gesandte — der Stadtschreiber Mattheus Richter, der Sohn des gleichnamigen Fraustädter Predigers, über dessen Streit mit der Stadt wir im ersten Teile unserer Arbeit ausführlich gehandelt haben, und der Vogt Michael Meißner — zum Bischof. Das Ergebnis war, daß eine Kommission bestimmt wurde, die am 18. August die Angelegenheit untersuchen sollte, in Wirklichkeit aber erst am 13. Oktober zusammentrat und sich damit begnügte, die Parteien zu hören und die Sache an den Bischof zu verweisen⁶⁾. Damals war es, daß ein evangelischer Bürger, Georg Brettschneider, bei einem Streite wegen der Kirche einen Diener des Starosten erstach⁷⁾.

¹⁾ Unterdessen liess sich Grzempski am 31. Mai 1602 eine Abschrift des oben erwähnten königlichen Dekretes vom 18. Juni 1590, das uns bis dahin merkwürdigerweise nirgends in den Fraustädter Akten begegnet, aus der königlichen Kanzlei geben und dasselbe am 23. September ins Grodbuch eintragen, Inscr. Wschow 1602—1603 f. 124 b.

²⁾ Inscr. Wschow. 1602—1603 f. 135 b.

³⁾ Die Citation wurde erst am 9. Februar 1604 ins Grodbuch eingetragen, Inscr. Wschow. 1604—05 f. 21 b.

⁴⁾ Inscr. Wschow. 1602—03 f. 148 b.

⁵⁾ Inscr. Wschow. 1602—03 f. 211b, 260a.

⁶⁾ H. 1603, 18—20, 48. — Diese Kommission, die „erste Kommission“ Hoffmanns, meint Lauterbach, Herb. S. 310, wo er ein Gebet Herbergers um Erhaltung der Pfarrkirche mitteilt. Um eine königliche Kommission (Engelmann S. 26) handelte es sich überhaupt nicht.

⁷⁾ Lauterbach, Herb. S. 312. Die Zeit ergibt sich aus Vogtbuch 1600—1604 f. 382b.

Da man aber von der Entscheidung des Bischofs offenbar nicht viel Gutes erwartete, so sandte man am 8. November — die Verhandlung vor dem Grodgerichte war am 6. Oktober und 3. November abermals vertagt worden¹⁾ — den Vogt Michael Meißner und den Schuhmacherältesten Georg Hoffmann, den Bruder unseres Chronisten, an den königlichen Hof nach Krakau, um der Stadt womöglich die Pfarrkirche zu erhalten. Am 30. Dezember kehrten die Gesandten zurück, ohne etwas ausgerichtet zu haben. Sie hatten, wie die Hoffmannsche Chronik berichtet, „böse Audienz gehabt“ und hatten nicht einmal gewagt, um die Erlaubnis zum Bau einer neuen Kirche zu bitten, da sie fürchten mußten, daß sie ihnen abgeschlagen werden würde²⁾. Tatsächlich erließ der König gerade während der Anwesenheit der Gesandten am 1. Dezember 1603 den strikten Befehl, daß die trotz seines Mandats von 1590 und verschiedener Erinnerungen immer noch verzögerte Rückgabe der Pfarrkirche und alles kirchlichen Eigentums binnen zwölf Wochen erfolgen solle³⁾. Am 2. Dezember befahl er dem Starosten, den Pleban bei einem Vadium von 20 000 Gulden gegen Unbill seitens der Stadt zu schützen.

Am 14. Januar 1604 wurden beide Mandate auf Bitten Grzempskis ins Grodbuch eingeschrieben, am 16. dem Rat übergeben. Das zweite, zum Schutze der persönlichen Sicherheit des Plebans bestimmte, wurde außerdem in beglaubigten Abschriften an das Rathaus und die Pfarrkirche angeschlagen. Die beiden an den Türen der Kirche befestigten Exemplare wurden allerdings bald vom Volke abgerissen (*discerpta et penitus avulsa*), was natürlich dem Pleban zu einem feierlichen Protest, dem Rate zu einer Verwahrung seiner Unschuld Anlaß bot⁴⁾. Am 9. Februar standen sich beide Parteien wieder vor dem Grodgericht gegenüber. Jetzt kam es zum ersten Male während des ganzen Prozesses zu einer eigentlichen Verhandlung. Grzempski forderte unter Berufung auf die alte Citation des Starosten vom 4. Oktober 1602 (S. 10) die Auslieferung alles kirchlichen Eigentums. Die Stadt verlangte auf Grund einer etwas gewundenen juristischen Ausführung, daß die Rechtmäßigkeit der königlichen Befehle erst in einem ordentlichen gerichtlichen Verfahren untersucht werde⁵⁾. Der Pleban wollte

¹⁾ Inscr. Wschow. 1602—03 f. 353 a, 373 a.

²⁾ H. 1603, 52, 58.

³⁾ Inscr. Wschow. 1604—06 f. 8 b, 9 a, H. 1603, 58. — Die zuerst bei Pfeiffer (*Das Leben des Valerius Herberger, Eisleben 1877*) S. 95 auftauchende, aber offenbar aus einer älteren, mir unbekannten Darstellung allgemeineren Charakters entnommene, dann von Engelmann (S. 25) wiederholte Erzählung, dass der Beichtvater Sigismunds III., der Jesuit Galyewski, am Tage vor Mariae Verkündigung (24. März) 1603 die Erteilung der Absolution an den König davon abhängig gemacht habe, dass dieser die Rückgabe der Pfarrkirchen zu Brätz, Meseritz und Fraustadt an die Katholiken befehle und dass Sigismund dann, wenn auch schweren Herzens, die entsprechenden Befehle unterzeichnet habe, erscheint durchaus unglaublich. Abgesehen davon, dass die ganze Geschichte einen stark romanhaften Charakter trägt, ist auch die Berufung auf das — tatsächlich seit fast 50 Jahren nicht mehr bestehende — Bernhardinerkloster in Fraustadt und die von keiner andern Quelle gestützte Erzählung von der Ansiedlung zahlreicher Katholiken daselbst (s. oben S. 8) sehr verdächtig. Vor allem aber kennen wir kein auf die Fraustädter Kirche bezügliches Mandat aus der angegebenen Zeit, während das die Meseritzer Pfarrkirche betreffende schon vom 7. Februar 1603 datiert ist (vgl. Wotschke in *Zeitschrift d. Hist. Ges.* Bd. 21 S. 126).

⁴⁾ Inscript. Wschow. 1604—05 f. 8—11, H. 1604, 1.

⁵⁾ *Rescripta enim regum seu principum, praesertim ad unius partis instantiam plerumque importunam impetrata, si non expresse, semper tamen tacite habent annexam clausulam: Salvo iure et defensione alterius; hoc est, ita intelligenda sunt, ut nemini iniuriam faciant nec ius alterius ledant.*

sich darauf natürlich nicht einlassen. Das Gericht aber entschied unter Vorsitz des Surrogators (Vertreters des Starosten)¹⁾ — Kielczewski selbst war abwesend — im Sinne der Stadt, worauf der Pleban an den König appellierte und am folgenden Tage einen Protest ins Grodbuch eintragen ließ²⁾. Wenn das Grodgericht sich hier so entgegenkommend gegen die Stadt zeigte, so lag das wohl daran, daß inzwischen unter Vermittelung des Starosten gütliche Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Bischof im Gange waren. Schon am 25. Januar hatte die Stadt eine erste Gesandtschaft an den Bischof geschickt; am 10. Februar folgte eine zweite, die aus sechs der angesehensten Bürger bestand. Was die erste Gesandtschaft ausgerichtet hat, wissen wir nicht. Die zweite, die den Bischof und den Starosten in der Gegend von Meseritz aufsuchte, traf keinen von beiden an und kehrte am 14. Februar unverrichteter Sache wieder zurück. Am 20. Februar wurden dieselben Männer nach Buk geschickt, verhandelten dort im Beisein des Starosten mit dem Suffragan des Bischofs, konnten aber wieder nichts ausrichten³⁾.

Unterdessen lief die vom Könige gestellte zwölfwöchentliche Frist ab. Am letzten Tage derselben, dem 23. Februar, erschien Grzempski auf dem Grodgericht und gab einen Protest gegen die Stadt zu den Akten. Am 25. begab er sich in Begleitung zweier Ministerialen und mehrerer Edelleute auf das Rathaus, um die Ausführung des königlichen Mandats zu fordern. Als die Stadt diese verweigerte und auf einem Nachweis der Rechtmäßigkeit desselben bestand, ließ er am folgenden Tage einen entsprechenden Protest ins Grodbuch eintragen, in dem er auch noch einmal auf die schon erwähnte Verhöhnung des königlichen Mandats zurückkam⁴⁾. Natürlich antwortete die Stadt mit einer Wahrung ihres Standpunktes⁵⁾.

In Fraustadt war man sich selbstverständlich bewußt, daß man mit dieser Abweisung Grzempskis höchstens einen kurzen Aufschub gewonnen hatte. Vom 5. bis 15. März kam daher, wie Hoffmann berichtet, die „Gemeinde“, d. h. der aus Rat, Schöffen und Innungsaltesten bestehende erweiterte Magistrat, soweit die Mitglieder nicht zum Jahrmärkte in Posen waren, fast täglich auf dem Rathause zusammen, um über die Kirchenangelegenheit zu beraten. Eine Durchsicht der alten auf die Kirche bezüglichen Privilegien blieb, wie es scheint, ohne Ergebnis und führte nur zu Mißhelligkeiten zwischen dem Stadtschreiber und den übrigen hierzu bestimmten Personen. Der Rat, dem Hoffmann schon früher eine zu große Vertrauensseligkeit gegenüber dem Starosten vorwirft⁶⁾, schlug vor, man solle diesen und den Landrichter (Johann) Ossowski mit bestimmten Vorschlägen zum Bischof schicken und die Sache „vertragen“ lassen. Die „Gemeinde“, d. h. die Schöffen und Innungsaltesten, lehnte dies jedoch ab. Eine Verhandlung mit dem Suffragan blieb erfolglos, eine solche mit Grzempski kam nicht zustande, da dieser abwesend war und die städtischen Abgesandten ihn nicht antrafen. Schließlich schickte man, da die Stadt — jedenfalls infolge der Appellation des Plebans —

¹⁾ Es war ein gewisser Nicolaus de Zbarzewo Krzycki. Zbarzewo ist Barga, Kreis Fraustadt.

²⁾ Inscript. Wschow. 1604—05 f. 21b (vgl. ib. f. 21a, 57b), 32a.

³⁾ H. 1604, 3—5.

⁴⁾ Vielleicht handelte es sich auch um eine Verhöhnung eines zweiten am 9. Februar angeschlagenen königlichen Mandats (Inscr. Wschow. 1604—05 f. 25a), von der wir sonst nichts wissen.

⁵⁾ Inscr. Wschow. 1604—05 f. 53, 54; H. 1604, 6 und die dort angeführte Stelle des Oberpöritschener Kirchenbuches.

⁶⁾ H. 1604, 4.

bei hoher Strafe vorgeladen war, am 15. März eine Gesandtschaft nach Krakau. Am folgenden Tage setzte der Bürgermeister in einer neuen, schwach besuchten Versammlung der „Gemeinde“ es endlich durch, daß der Starost und der Landrichter beauftragt wurden, mit dem Bischof zu verhandeln¹⁾. Über solche Verhandlungen hören wir dann nichts weiter, obwohl man dem Starosten, um ihn für die Sache der Stadt zu interessieren, am 5. April trotz der schlechten Finanzlage ein Ehrengeschenk von 100 Gulden bewilligte²⁾. Auch über die Tätigkeit der beiden städtischen Vertreter in Krakau — es waren der Ratsherr Adam Hennig und der Vogt Michael Meißner³⁾ — sind wir nicht genauer unterrichtet⁴⁾; wir wissen nicht einmal, wann sie nach Hause zurückgekehrt sind.

Am königlichen Hofe verbreiteten sich unterdessen die übertriebensten Gerüchte über die Lage in Fraustadt. Während tatsächlich außer jenem Totschlag Brettschneiders (S. 10) und jener durch Privatpersonen erfolgten Abreißung königlicher Mandate nichts vorgekommen war, wurde hier erzählt, daß die Bürger sich nicht nur dem Posener Bischof — der, soviel wir wissen, in jenen Jahren überhaupt nicht persönlich in Fraustadt gewesen ist — und seinen Vertretern „in aufrührerischer Weise entgegengestellt,“ sondern auch die Waffen ergriffen hätten und mit einigen Städten Schlesiens in Verbindung getreten seien⁵⁾. Teils um die kirchlichen Angelegenheiten zu ordnen, teils um diese Beschuldigungen zu untersuchen, ernannte der König am 8. August ein aus nicht weniger als elf Mitgliedern — an der Spitze die Kastellane zu Nakel und Priment — bestehende Kommission⁶⁾. Schon am Tage vorher hatte er dem Starosten wie der Stadt die Einsetzung der Kommission mitgeteilt und den ersteren angewiesen, den Verhandlungen beizuwohnen und auf Ordnung in der Stadt zu sehen⁷⁾. Die Kommission lud die Stadt zunächst auf den 28. September vor; die vom 24 (?) August⁸⁾ datierte Vorladung wurde am 13. September dem Rate zugestellt. Schon vorher aber muß die Stadt um eine Verschiebung nachgesucht haben. Wie nämlich das Oberpritschener Kirchenbuch — unsere wichtigste Quelle für diese Vorgänge — meldet⁹⁾, erschien der anberaumte

1) Der vorstehende Abschnitt nach H. 1604, 8, 9.

2) H. 1604, 14.

3) In seinem Schlusswort am Ende des Amtsjahres-Michaelis 1603 bis 1604 (Vogtbuch 1604—05 f. 163b) bemerkt er, dass er während dieses Jahres zweimal zum Könige und mehrmals zu den Grossen des Reiches geschickt worden sei.

4) Die in dem Einsetzungsdekret für die gleich zu erwähnende königliche Kommission enthaltene Behauptung, dass die Stadt „per suos internuntios“ die Auslieferung der Pfarrkirche versprochen habe, bezieht sich wohl auf die Gesandtschaft vom Ende des Jahres 1603 (s. oben S. 11).

5) Nach dem Einsetzungsdekret der Kommission.

6) Die Mitglieder waren (nach der Citation an die Stadt): Ioannes Grudzinski Naclensis, Ioannes Roszkowski Przemetensis castellani, Jacobus Lempiczki Gnesnensis ac Cracoviensis canonicus S. M. R. secretarius, Ioannes Glinski decanus Praemisliensis, Andreas Rychliczki canonicus Posnaniensis, Mathias Krziczki subiudex terrae Wschovensis, Nicolaus Krziczki iudex surrogatus Wschovensis, Caspar Galiczki tesararius Brzestensis, Ioannes Trzebuchowski Radzieiowiensis, Albertus Jarnowski Przedeccensis iudices surrogati castrenses, Gabriel Gosliczki. — Das Einsetzungsdekret der Kommission findet sich in dem Kommissionsdekret vom 30. Sept. (s. weiter unten!).

7) Inscriptiones Wschovens 1604—05 f. 207 a und b. Das an die Stadt gerichtete Schreiben wurde dem Rat am 9. Sept. übergeben (ib.), am 15. auf dem Rathause verlesen, H. 1604, 39.

8) Feria tertia ante festum Sancti Bartholomaei(!).

9) Zu H. 1604, 41.

Termin wegen des am folgenden Tage bevorstehenden Wechsels des Rates unbequem. Man wandte sich daher an den Bischof und erlangte auch eine Verschiebung; allerdings nur um zwei Tage. Am 9. oder 10. September erging seitens der Kommission eine neue Vorladung auf den 30. d. M.¹⁾ Wenn das Kirchenbuch es so darstellt, als ob der Termin weiter hinausgeschoben und der Vergleich dann wider Erwarten schon am 30. September geschlossen worden sei, so beruht dies offenbar auf ungenügender Kenntnis der vom Rate sehr geheim geführten²⁾ Verhandlungen.

Eine kurze Verzögerung trat noch bei der Einsetzung des neuen Rates ein. Obwohl diese nach dem königlichen Privileg von 1598 (S. 9) am Michaelistage (29. September) erfolgen mußte, die Stadt auch die Namen der gewählten Bürger schon am 20. September dem Starosten mitgeteilt hatte³⁾, machte dieser, wie Hoffmann⁴⁾ und das Kirchenbuch übereinstimmend berichten, zuerst Schwierigkeiten. Wie das letztere erzählt, wollte er den neuen Rat nicht vor Erledigung der kirchlichen Angelegenheiten bestätigen und war auch mit der Wahl der Personen nicht ganz einverstanden. Um so angenehmer war es für die Stadt, daß sie sich schon vorher im Hinblick auf die Kommission eines starken Beistandes versichert hatte. Es war der Graf Andreas von Lissa (Leszczynski), Woiwode von Brzesc in Kujawien, der bedeutendste Vorkämpfer der evangelischen Sache in Großpolen⁵⁾, den Hoffmann auch später bei Gelegenheit seines Todes als einen „treuen Förderer unserer Kirchensachen“ bezeichnet⁶⁾. Am 30. September zog er „mit einem ziemlichen Volk“ ein, von der gerüstet spalierbildenden Bürgerschaft festlich empfangen⁷⁾. Nun zögerte auch der Starost nicht länger, den neuen Rat zu bestätigen⁸⁾. Des Eingreifens des „Woiwoden von der Lissa“ gedenkt auch die Anonyme Chronik, welche die Kommission fälschlich nur auf das Betreiben des Starosten zurückführt und auf den 3. Oktober verlegt.

Kaum war der neue Rat, der übrigens nur *e i n e n* neuen Namen und einen Wechsel in der Besetzung des Bürgermeisteramtes⁹⁾ aufwies, bestätigt, als er sich sofort, ohne erst „die anderen Ämter“ (die Schöffen und Innungsältesten) zu bestellen¹⁰⁾, in Verhandlungen über die kirchlichen Angelegenheiten einließ.

1) In dem Kommissionsdekret von 30. September; das Datum ist wieder ungenau. — Die erste Vorladung (dat. Ludomii) scheint von Grudzinski, die zweite (dat. Zerkowo) von Roszkowski ausgegangen zu sein.

2) Vgl. H. 1604, 41.

3) Inscript. Wschow. 1604—05 f. 216 b.

4) H. 1604, 41.

5) Über ihn vgl. Wotschke in Zeitschr. d. Hist. Ges. Bd. 21 S. 165 ff.

6) H. 1606, 49.

7) Nach dem Oberpritschener Kirchenbuch.

8) Nach H. 1604, 41 und dem Kirchenbuch. Wenn das Wahlprotokoll (Ratsbuch XX f. 190 a) den Michaelstag nennt und von der anfänglichen Weigerung des Starosten nichts erwähnt, so geschah das wohl, weil man in dieser amtlichen Aufzeichnung eine Durchbrechung des Privilegs nicht zugeben wollte.

9) Der bisherige Bürgermeister David Teske wurde Ratsherr, der Ratsherr Johann Weber Bürgermeister.

10) Die Einsetzung der neuen Schöffen erfolgte am 2. Oktober (II. 1604, 42), die der Innungsältesten wohl gleichzeitig oder bald darauf.

Die Verhandlungen wurden aber nicht gleich vor der königlichen Kommission, sondern erst vor einem Schiedsgerichte von zehn Vertrauensmännern geführt, die jedenfalls von beiden Parteien bestimmt waren und wohl etwa zu gleichen Teilen beiden Bekenntnissen angehörten¹⁾. Es waren dies außer dem Grafen Andreas von Lissa und dem Fraustädter Starosten Wenceslaus Kielczewski der Graf Sendivogius von Ostrorog, ein Mitglied jener um die Reformation in Großpolen hochverdienten Familie, der Posener Domherr Johannes Krzycki sowie verschiedene Beamte des Fraustädter Land- und Grodgerichts und drei einfache Edelleute. Zwei von den Mitgliedern, der Unterlandrichter Matthias Krzycki und der surrogator castrensis Nicolaus Krzycki, gehörten übrigens auch der königlichen Kommission an²⁾. Vor diesem Schiedsgerichte wurde ein ausführlicher Vertrag zwischen dem Pleban und der Stadt abgeschlossen. Allerdings müssen wir annehmen, daß beide Parteien schon vorher in der Hauptsache einig waren, da sonst eine so rasche Erledigung der ziemlich verwickelten Fragen unmöglich gewesen wäre. Wenn der Pleban es zum Schluß übernahm, binnen zwölf Wochen in der königlichen Kanzlei eine Kommission zur Bestätigung des Vertrages auszuwirken, so müssen wir das wohl trotz des mißverständlichen Ausdruckes auf die schon damals in Fraustadt anwesende Kommission beziehen, die ja tatsächlich unseren Vertrag bestätigte. Unterschrieben wurde der Vertrag von den Schiedsrichtern³⁾ und den Parteien⁴⁾, von den letzteren — für die Stadt unterschrieb der neue Bürgermeister Johann Weber — unter Vorbehalt der Genehmigung des Bischofs von Posen⁵⁾.

Die Verhandlung vor der königlichen Kommission, der „zweiten Kommission“ Hoffmanns, die übrigens wie üblich nicht vollzählig erschienen war⁶⁾, war nur eine reine Form. Nachdem das königliche Einsetzungsdekret der Kommission und deren zweite Vorladung an die Stadt verlesen worden waren und nachdem Grzempski seine Klage vorgebracht hatte, erklärten die Vertreter der Stadt sich sogleich bereit, die Bedingungen des Plebans anzunehmen, falls auch ihre Bedingungen angenommen würden. Wenn die Kommission behauptet, daß sie die Bedingungen beider Parteien geprüft, einige angenommen, einige verworfen, einige gemildert habe, so entspricht das nicht ganz den Tatsachen. Vielmehr wurde lediglich der vor dem Schiedsgerichte — des freilich mit keinem Worte erwähnt wird — abgeschlossene Vertrag in das Kommissionsdekret aufgenommen und somit bestätigt.

¹⁾ Einen strikten Beweis dafür, dass die Verhandlung vor diesem Schiedsgerichte der vor der Kommission voranging, haben wir nicht. Wir müssen es aber annehmen, da der Abschluss eines besonderen Vertrages nach erfolgter Einigung vor der Kommission zwecklos gewesen wäre.

²⁾ Ausser den mit Namen Angeführten gehörten dem Schiedsgerichte noch an der uns schon bekannte Fraustädter Landrichter Johannes Ossowski und die Edelleute Sigismund Krzycki, Martin Broniewski und Stanislaus Skalawski.

³⁾ Es fehlt der Name Johannes Ossowskis, auch findet sich neben Nicolaus Krzycki nur noch ein Krzycki (ohne Vornamen).

⁴⁾ Grzempski bezeichnet sich wieder als „plebanus Wschovensis ac Strzelcensis“.

⁵⁾ Eine Abschrift des Vertrages findet sich im Grodbuch (Inscript. Wschow. 1604—05 f. 254 b), in das sie am 31. Dezember eingetragen wurde, eine andere im Oberpritschener Kirchenbuche. Nach der letzteren hat Lauterbach (Zion S. 328 ff.) den wesentlichen Inhalt des Vertrages mitgeteilt.

⁶⁾ Nach der Einleitung des Kommissionsdekretes fehlten Lempiczki, Galicki, Trzebuchowski und Jarnowski, so dass von den elf Mitgliedern nur 7 anwesend waren. Unter den Unterschriften fehlt auch der in der Einleitung genannte Roszkowski.

Fortgelassen wurde nur die Verpflichtung des Plebans zur Auswirkung einer königlichen Kommission, da diese ja durch die Bestätigung des Vertrages schon erledigt war. Von der Anklage des Aufruhrs wurden die Bürger völlig freigesprochen, da eine sorgfältige Untersuchung hierfür keinerlei Anhaltspunkte ergeben habe¹⁾.

Der Inhalt des zwischen Grzempski und der Stadt abgeschlossenen Vertrages war kurz folgender. Die Pfarrkirche und die übrigen Kirchen nebst den aus der vorreformatorischen Zeit stammenden Geräten etc., den dazu gehörigen Privilegien sowie den kirchlichen Äckern und Kapitalien sollen dem Pleban zurückgegeben, auch ihm und seinen Geistlichen Sicherheit und Rechtsschutz verbürgt werden. Unkosten für den Ausbau der Kirche, welche die Kircheneinnahmen überstiegen haben, darf die Stadt nicht zurückfordern. — Andererseits machte sich die Stadt aus, daß ihrer Religionsfreiheit kein Eintrag geschehe und sie an einer beliebigen Stelle sich eine neue evangelische Kirche bauen dürfe. Auch behielten die Bürger sich die „*templa in villis ipsorum existentia*“ d. h. die Oberpritschener Kirche, das von Herrn Ridzynski erkaufte „Kirchlein in der Vorstadt“ d. h. die bei dem Brande des Klosters übrig gebliebene Annenkapelle²⁾, und das Tuchmacherspital (zu St. Nicolaus) ausdrücklich vor, ebenso die Präsentation des katholischen deutschen Predigers an der Pfarrkirche, dem sie allerdings auch Besoldung (*censum annuum*) und Wohnung³⁾ zu geben übernahmen. Der Pleban darf ferner keine Rechnungslegung über die bisherigen Einkünfte der Plebanie und keine Erstattung der Prozeßkosten fordern. Die in der Pfarrkirche beigesetzten Toten und ihre Grabmäler sollen unverletzt bleiben und die Gemeinde dieselbe noch zwölf Wochen lang zum Gottesdienste benutzen, auch die Hälfte der Bänke⁴⁾ herausnehmen dürfen. — Hinsichtlich der Schule wurde bestimmt, daß die Bürger die von ihnen (im Jahre 1565⁵⁾) erbaute Schule behalten, nur die nach der Pfarrkirche zu gerichteten Türen und Fenster vermauern⁶⁾ und den Eingang an eine andere Seite verlegen, dagegen für die Katholiken in der Nähe der Kirche eine Schule, wie sie vor fünfzig Jahren gewesen sei, erbauen sollten.

Hatte der Rat den Vertrag mit dem Pleban fast ohne vorherige Beratung mit den Schöffen und Innungsaltesten abgeschlossen — „*fere nullis consiliis publice habiti*“, sagt Hoffmann, derselbst zu den Schöffen gehörte —, so teilte er ihnen diesen trotz eines dahingehenden Versprechens nicht einmal nach erfolgtem Abschluß mit⁷⁾. Er vermied dies jedenfalls, weil er auf Widerspruch zu stoßen und Aufregung in der Stadt hervorzurufen fürchtete. Daß man die Pfarrkirche abtreten müsse, konnte er allerdings nicht verheimlichen⁸⁾, mußte man doch

¹⁾ Das Kommissionsdekret findet sich Inscr. Wschow. 1604—05 f. 245 b (am 24. December 1604 eingetragen). Am 8. Febr. 1605 liess die Stadt dasselbe überdies ins Kostener Grodbuch eintragen (Inscr. Costenses 1605 f. 19 a). Ein ausführlicher Auszug (die beiderseitigen Bedingungen fast wörtlich) Stan S. 116 ff.

²⁾ Vgl. Teil I S. 15.

³⁾ *Domum etiam pro habitatione concionatoris post conflagrationem reaedificatam non denegent.*

⁴⁾ So ist wohl „*medietas scamnorum*“ zu übersetzen.

⁵⁾ Vgl. Teil I S. 39 Anm. 5.

⁶⁾ „*Foribus et fenestris versus templum obstructis*“.

⁷⁾ H. 1604, 41.

⁸⁾ Nach Lauterbach (Herb. S. 147) wurde es Valerius Herberger am 15. Oktober auf dem Rathause amtlich mitgeteilt.

rechtzeitig an die Herstellung eines neuen Gotteshauses denken; aber wenigstens über den Zeitpunkt der Abtretung suchte man die Bürgerschaft im Unklaren zu lassen¹⁾.

Zur Rechtsgiltigkeit des Vertrages fehlte, wie wir gesehen haben, noch die Genehmigung des Posener Bischofs. Am 14. Oktober erfolgte diese, allerdings mit dem Zusatz: „soweit die Bedingungen den Rechten der Kirche unschädlich seien“, was durch die zur Ausführung des Vertrages zu ernennende Kommission geprüft werden sollte²⁾. Eine zu Anfang November stattfindende Verhandlung zwischen Stadt und Bischof, an der auch der Starost teilnahm³⁾, kann wohl nur Ausführungsbestimmungen betroffen haben. Zu den Vorbereitungen für die Ausführung des Vertrages gehörte es auch, wenn „um Lucia“ (13. Dezember) einige die Altäre betreffenden Urkunden nachgesehen wurden⁴⁾. Ebenso war es ohne grundsätzliche Bedeutung, wenn am 22. November der Pleban von der Stadt den jährlichen Zins für ein Grundstück empfing⁵⁾. Bemerkenswert ist nur der Umstand, daß die Schöffen nichts mit der Sache zu tun haben wollten und sie an den Rat verwiesen.

Am 22. Dezember, also einen Tag vor Ablauf der zwölfwöchentlichen Frist, kamen, durch ein vom 19. d. M. datiertes, in freundlichem Tone gehaltenes Schreiben des Bischofs⁶⁾ angekündigt, die bischöflichen Kommissare — die dritte Kommission Hoffmanns — in Fraustadt an. Es waren der Posener Archidiakon Andreas Rychlicki und der Domherr Johannes Krzycki, denen sich noch einige Beamte des Grodgerichts anschlossen⁷⁾. Da sie nicht auf das Rathaus kommen wollten, begrüßte der Rat sie in ihrem Quartier und übergab ihnen die auf die Kirchen und Altäre bezüglichen Urkunden. Am 24. wurde der Rat mit den Geschworenen, d. h. den Schöffen und Innungsaltesten, aufs Schloß gerufen, wo die Kommissare die Übergabe der Kirche und des Kirchengerätes forderten. „Weil die Kugel zuvor gegossen“, wie Hoffmann sich ausdrückt, versuchte man keinen Widerspruch. Vielmehr begleitete der Rat die Kommission „fein ordentlich, wie man pflegt, eine Leiche zu komitieren“, in die Kirche, während die Schöffen und Innungsaltesten, die ja von der ganzen Sache ziemlich überrascht waren, sich dieser peinlichen Pflicht größtenteils entzogen⁸⁾. Die Zahl der bei dieser Gelegenheit übergebenen kirchlichen Geräte, Gewänder und Bücher war trotz der teilweisen Zerstörung nach Einführung der Reformation⁹⁾ noch recht erheblich, wie wir aus dem von den beiden bischöflichen Kommissaren aufgestellten Verzeichnis ersehen¹⁰⁾; zählt dieses doch allein 19 Kelche auf. Der Übergabe der Kirche folgte nach katholischem Brauche ihre Weihe

1) H. 1604, 42.

2) dat. Cziąsym, Inscr. Wschow. 1604—05 f. 355b.

3) H. 1604, 48.

4) H. 1604, 53.

5) H. 1604, 51.

6) Inscript. Wschovensens 1604—05 f. 387.

7) Nach H. 1604, 56 und der Unterschrift des bald zu erwähnenden Kircheninventars.

8) H. 1604, 56.

9) Vgl. den ersten Teil meiner Abhandlung, besonders S. 17 und die im Anhang abgedruckten Aussagen Krauses.

10) Inscript. Wschovensens 1604—05 f. 387 ff. — Auch über die Einkünfte der Pfarrkirche wurde ein Verzeichnis aufgenommen, a. a. O. ff. 388b.

und ein Tedeum¹⁾. Am 30. Dezember sprach der Bischof von Posen der Fraustädter Bürgerschaft brieflich seinen Dank für die Übergabe der Pfarrkirche aus, indem er sie gleichzeitig ermahnte, die katholischen Geistlichen unbehelligt zu lassen und dem Gottesdienst keine Hindernisse in den Weg zu legen. Am 1. Januar 1605, nachdem die Vertreter des Bischofs wohl schon abgereist waren, wurden dann noch in Gegenwart mehrerer Zeugen die kirchlichen Rechnungsbücher und Einkünfteverzeichnisse sowie die Schlüssel zu den übrigen kirchlichen Gebäuden an Grzempski übergeben. Auch versprach die Stadt, das damals von Valerius Herberger bewohnte, zum Aufenthalt der katholischen Geistlichen bestimmte Haus in Kürze zu räumen. Endlich zahlte sie dem Pleban als Abfindungssumme für die bereits von ihr eingezogenen kirchlichen Zinsen die Summe von 45 Gulden, womit dieser sich für befriedigt erklärte²⁾.

So hatte die Gemeinde die Kirche, in der sie mehr als fünfzig Jahre ihren Gottesdienst gefeiert, die sie mit großen Kosten ausgebaut und mit einem stattlichen Turme geschmückt hatte³⁾, endgiltig verloren. Wie schwer man den Verlust empfand, ersehen wir nicht nur aus der Erzählung Hoffmanns, sondern auch aus den Klagen des Stadtschreibers und des Vogtes im Rats- bzw. Vogtbuch⁴⁾. Daß er unabwendbar war, daran dürfen wir wohl nicht zweifeln. Mag man mit Hoffmann das eigenmächtige Vorgehen des Rats tadeln, so ist doch kaum anzunehmen, daß man bei größerer Hartnäckigkeit mehr erreicht hätte. Die allgemeine Lage war eben seit jenem erfolgreichen Widerstande der Stadt gegen die Einführung Matthaeus Richters⁵⁾ eine ganz andere geworden. Dazu handelte es sich jetzt um eine Prinzipienfrage, während es sich damals nur um eine Personenfrage gehandelt hatte, die den staatlichen und kirchlichen Gewalten ziemlich gleichgiltig sein konnte. Vielleicht wäre es, wenn das Volk rechtzeitig von der beabsichtigten Übergabe der Kirche erfahren hätte, gar, wie Hoffmann durchblick läßt⁶⁾, zu aufrührerischen Bewegungen gekommen, die der Stadt nur Schaden gebracht hätten. Man mußte unter den obwaltenden Umständen damit zufrieden sein, daß man wenigstens die Erlaubnis zum Bau eines neuen evangelischen Gotteshauses durchgesetzt hatte.

Für diesen Bau hatte man gleich nach dem Vertrage mit Grzempski die nötigen Vorbereitungen getroffen. Daß man hinsichtlich des Platzes nicht gebunden war, haben wir schon bei der Besprechung jenes Vertrages angedeutet. Die zuerst bei Specht⁷⁾ überlieferte, von ihm selbst als Sage bezeichnete Erzählung, nach welcher der Bürgerschaft die Erbauung einer evangelischen Kirche nur unter der Bedingung gestattet worden sein soll, daß diese weder außerhalb noch innerhalb der Stadt liege und in einem Monat fertig sei, ist offenbar nur aus der tatsächlichen Lage des neuen Gotteshauses zwischen der

¹⁾ H. 1604, 56. — Lauterbach (Herb. S. 148) berichtet, dass um $\frac{3}{4}$ 12 Uhr Vormittags die erste Messe in der Pfarrkirche gehalten worden sei.

²⁾ Inscr. Wschow. 1604—05 f. 389a, 390a; zu den 45 Gulden vgl. auch H. 1605, 6.

³⁾ Über den Ausbau der Kirche vgl. das Register zu der Hoffmannschen Chronik. Der Turm war im Jahre 1582 vollendet worden (Lauterbach, Zion S. 69, 158, H. 1582, 24), nachdem der frühere (vielleicht hölzerne) Turm im Jahre 1549 eingestürzt war (H. 1549, 1).

⁴⁾ Ratsbuch 20 f. 212a, zu H. 1604, 56; Vogtbuch 1604—05 f. 453a.

⁵⁾ Vgl. Teil I S. 26.

⁶⁾ H. 1604, 56.

⁷⁾ Der neue Zion S. 53 Anm.

inneren und der äußeren Stadtmauer¹⁾ und der kurzen Bauzeit desselben entstanden. Noch falscher ist die Angabe Lauterbachs²⁾, daß der Platz zu der Kirche durch die königliche Kommission angewiesen worden sei. — Nachdem man zuerst verschiedene andere Stellen in Aussicht genommen hatte, einigte sich Mitte Oktober der Rat, dem sich nach anfänglichem Zögern auch die in den Zunftversammlungen befragte Gemeinde anschloß, dahin, die beiden Häuser Georg Schwans bzw. seiner Erben und Georg Mentzels am polnischen Tore zu erwerben und zum Gotteshause umzubauen³⁾. Entscheidend für die Wahl des Platzes mag wohl der Umstand gewesen sein, daß man so den Turm des polnischen Tores als Kirchturm benutzen konnte, während man die Erbauung eines neuen Turmes entweder wegen der Kosten scheute oder ein Verbot befürchtete. An derselben Stelle hatte einst die städtische Badestube gestanden, die aber wegen Wassermangels in den unteren Teil der Stadt, an die nach ihr benannte Badegasse, verlegt worden war⁴⁾. Zum Kauf und Umbau der Häuser wurden von „Rat und Gemeinde“, d. h. von dem erweiterten Magistrat, der auch weiterhin die Angelegenheiten der evangelischen Gemeinde leitete, vier angesehene Bürger erwählt. Es waren Adam Hennig, Fabian Vechner (Fechner), Andreas Müller und Barthel Rüdiger (Rüdiger) der jüngere⁵⁾. Von ihnen gehörten Hennig und Vechner dem Schöffentstuhl an, Andreas Müller war in früheren Jahren Fleischerältester gewesen⁶⁾, Barthel Rüdiger war der Sohn des gleichnamigen Rats Herrn und somit ein Schwager Valerius Herbergers⁷⁾. Bald darauf erfolgte der Kauf der Häuser. Am 19. November wurde er ins Ratsbuch verschrieben. Der Preis für das Schwansche Haus belief sich auf 800, der für das Mentzelsche auf 700 polnische Mark; das Angeld betrug 312 bzw. 300, die jährliche, zu Michaelis fällige Abzahlung je 30, bei dem Mentzelschen Hause das erste Mal 40 Mark. Bei dem letzteren wurde ausgemacht, daß die Stadt wie bisher „einen freien Gang und Treppe zu der Wache auf dem Turm“ behielte⁸⁾.

Die vier Kirchenvorsteher begannen um Martini (10. November) in eigener Person von Haus zu Haus zu sammeln⁹⁾. Wie Lauterbach, offenbar nach der Sammeliste, berichtet, setzten sie sich selbst mit je zehn Mark an die Spitze der Liste. Das Gesamtertragnis betrug 679 Mark, 22 Groschen und 5 1/2 Pfennige. Außer den einzelnen Bürgern und Bauern spendeten

¹⁾ Vgl. Kothe, Kunstdenkmäler Bd. III S. 181.

²⁾ Zion S. 206.

³⁾ H. 1604, 43. A. C. zum 16. Okt. 1604.

⁴⁾ Lauterbach, Herb. S. 314. Die Verlegung war jedenfalls nach dem Stadtbrande von 1529 erfolgt, vgl. Ratsbuch IV f. 30 a, 198. Aus diesen Aufzeichnungen ersehen wir auch, dass die Häuser unmittelbar an der Stadtmauer erbaut, ja durch diese Fenster gebrochen waren.

⁵⁾ H. 1604, 43; A. C. zum 16. Okt. 1604. — Wenn die genannten vier Bürger in dem Vertrag über den Kauf der Häuser (s. unten!) auch als „an stadt und von wegen der gantzen Sammlungen der evangelischen augsburgischen confession itzigen und künftigen alhier der stadt Frauenstadt verordnete curatores und vorsteher“ bezeichnet werden, so darf man daraus doch nicht auf eine besondere Organisation der evangelischen Gemeinde schliessen.

⁶⁾ Nach den Wahlprotokollen.

⁷⁾ Vergl. Lauterbach, Herb. S. 65.

⁸⁾ Ratsbuch 20 f. 199 b; H. 1604 49; vgl. Lauterbach, Herb. S. 314.

⁹⁾ H. 1604, 43. A. C. zum 16. Oktober 1604.

auch einige Innungen und mehrere benachbarte Edelleute¹⁾ Beiträge; die letzteren schenkten auch Holz zum Bau oder stellten Fuhren. Mit Recht konnte Herberger an verschiedenen Stellen seiner Schriften die Opferwilligkeit der Fraustädter rühmen²⁾. Sobald man einiges Geld zusammenhatte, begann man, die Häuser „stückweise zu bauen und abzuräumen“³⁾. Die Angabe Lauterbachs⁴⁾, daß die Verbindung und notdürftige Herrichtung der beiden Häuser erst in der Christnacht erfolgt sei, ist spätere Konstruktion.

So konnte am Nachmittag des 24. Dezember, nachdem am Vormittag die Pfarrkirche den Katholiken übergeben worden war, der Einzug in das neue, allerdings noch durchaus unfertige Gotteshaus erfolgen. Nachdem man sich bei der Schule, also in der Nähe der Pfarrkirche, versammelt hatte, eröffneten Rat und Schöffen den Zug. Es folgten die Geistlichen und Lehrer mit den Schülern der Stadtschule, die auf dem Wege das Lied: „Es wollt' uns Gott gnädig sein“ sangen. Den Schluß bildete eine große Menge Volks. Als man am Ziel angelangt war, übergab der Stadtschreiber den Geistlichen in kurzen Worten die neue Kirche. Es folgten einige lateinische Gesänge, die in Vertretung des abwesenden Kantors unser Chronist Caspar Hoffmann leitete, und eine Ansprache Herbergers. Gesang der Schüler schloß die Feier⁵⁾.

In der folgenden Nacht wurde, wie Clapius berichtet, um 3 Uhr morgens mit einem kleinen Glöcklein zur Christnacht eingeläutet. Bei dieser soll nach ihm ein solches Gedränge entstanden sein, daß eine Person erdrückt wurde. Auch sonst wurde in den Weihnachtsfeiertagen der Gottesdienst in üblicher Weise abgehalten⁶⁾. In der ersten, uns noch erhaltenen Predigt gab Herberger dem neuen Gotteshause den Namen, den es heute noch führt. Wie er selbst sagt, wollte er das Wort „Kirche“ vermeiden, weil dies den Katholiken ein Dorn im Auge sei. Er hatte zuerst an den Namen „Herberge Christi“ gedacht, kam aber davon ab, weil er fürchtete, daß man ihm die Wahl dieser Bezeichnung als eine Anspielung auf seinen eigenen Namen verübeln könne. Auch störte ihn das Schriftwort, daß für Christus kein Raum in der Herberge gewesen sei. So wählte er den Namen „Kripplein Christi“, der ja auch einen Hinweis auf den Tag der Einweihung enthielt⁷⁾. Die Wahl war für die damalige Zeit nicht so seltsam, wie sie uns heute vielleicht erscheinen mag; finden wir doch auch in anderen Orten ganz ähnliche Bezeichnungen, wie in Glogau die im Jahre 1651 erbaute „Hütte Gottes“⁸⁾, in Kobylin das 1632 errichtete „Schifflein Christi“⁹⁾, ein Name, der im Jahre 1619 auch der

1) Als solche nennt Lauterbach „Juncker Ernst von Seher, item der von Pribisch und Juncker Hans Kromme von Petersdorff, die Frau von Struntz nebst ihren drey jungen Herren, Frau Ursula von Kottwitzinn, Nicol. Dohrzizes wittwe, und Frau Emerentiana Kottwitzinn, Hans Hases, sonst Rädltz, hinterlassene wittfrau.“

2) Lauterbach, Herb. S. 314, Zion S. 334 ff. danach Specht S. 53 f.

3) H. 1604, 43.

4) Lauterbach, Herb. S. 317.

5) H. 1604, 56.

6) H. 1604, 57.

7) Herberger, Evangelische Herzpostille 8. Aufl. Leipzig 1674 S. 54. Die Predigt ist teilweise wiedergegeben bei Lauterbach, Herb. S. 318 ff., Werner-Steffani S. 70 Anm.

8) Lauterbach, Herb. S. 319.

9) Kremmer, Die evangelischen Kirchen der Prov. Posen S. 10 Anm.

Meseritzer evangelischen Kirche beigelegt wird¹⁾. Bemerkenswert ist es, daß nach dem Fraustädter Gotteshause noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts die evangelischen Kirchen von polnischen Katholiken spottweise „Krippe“ genannt worden sein sollen²⁾. — Die auf einer Bemerkung Herbergers beruhende Angabe Lauterbachs, König Sigismund III. habe sich „den Namen des Krippleins Christi wohlgefallen und ein königliches Dekret und Privilegium darüber ausfertigen lassen“³⁾, ist sicher falsch, da wir von einer derartigen Urkunde keine Spur finden.

Noch am ersten Weihnachtsfeiertage fand im Kripplein Christi die erste Taufe, am Neujahrstage die erste Kommunion statt⁴⁾. In der folgenden Zeit wurde, wie uns Hoffmann anschaulich schildert, der Umbau zwischen den Gottesdiensten weitergeführt. Nur als im August 1605 das Dach renoviert wurde, wurden die gewöhnlichen Kapitel, d. h. die Wochengottesdienste, in dem Tuchknappenspital (zu St. Nicolaus), die Sonntagspredigten aber auch im Kripplein Christi gehalten⁵⁾. Der Name des Baumeisters wird uns in den zeitgenössischen Quellen nicht genannt. Nach Lauterbach⁶⁾ war es ein gewisser Hans Grantz, ein „schlechter Dorfmann“ aus dem benachbarten Röhrsdorf. Der Eindruck des Inneren mit den drei Emporen mag trotz der zweimaligen Erneuerung nach den Feuersbrünsten von 1644 und 1685 im wesentlichen derselbe gewesen sein wie heute. Das äußere Bild war insofern ein anderes, als die Kirche zuerst drei schmale Giebeldächer hatte, an deren Stelle erst nach dem letzten Brande ein breites Giebeldach trat⁷⁾. Im April 1606, als der Bau in der Hauptsache vollendet war, legten die Kirchenvorsteher zum ersten Male Rechnung. Die Einnahmen und Ausgaben hatten bis dahin rund 1883 polnische Mark betragen⁸⁾.

Die innere Einrichtung und Ausschmückung der Kirche erforderte noch längere Zeit und erfolgte größtenteils aus Geschenken von Gemeindemitgliedern. So stifteten im März 1605 zwei Bauern aus Niederpritschen den ersten Kelch⁹⁾. Im Dezember d. J. ließ der Apotheker Christoph Nesselhauff den Taufstein errichten; dieser stand zuerst in einem Winkel, wurde aber im Jahre 1616 vor den Altar gesetzt¹⁰⁾. Nachdem die übrigen Bänke schon im Jahre 1605 „besessen“ worden waren, wurde im folgenden Jahre das Ratsgestühl fertiggestellt¹¹⁾. Im

¹⁾ Danysz, Die katholische Pfarrkirche und der Magistrat in Meseritz, Gymnasialprogramm von Meseritz 1886.

²⁾ Fischer, Versuch einer Geschichte der Reformation in Polen (Grätz 1855) Bd. II S. 179.

³⁾ Zion S. 206 nach der Evang. Herzpostille S. 47. Herberger berichtet, in dem königlichen Dekret hätten folgende Worte gestanden: Aedificarunt sibi oratorium, quod praesepe Christi vocant, propterea quia die Nativitatis ibi primum sacra sua celebrarunt. — Auch die A. C. sagt bei Gelegenheit des Todes Sigismunds im Jahre 1632, dass er „nebens anderen königlichen gnaden der Fraustadt auch ein königliches privilegium über das erbaute Kripplein Christi erteilet.“

⁴⁾ Vgl. Lauterbach, Herb. S. 324. Derselbe teilt auch einige gleichzeitige Verse auf das Kripplein Christi mit, ib. S. 322—324.

⁵⁾ H. 1604, 57; 1605, 32.

⁶⁾ Leben Herbergers S. 325.

⁷⁾ Lauterbach, Herb. S. 325; Kothe, Kunstdenkmäler Bd. III S. 181.

⁸⁾ H. 1606, 23.

⁹⁾ Lauterbach, Herb. S. 316. Nach Kothe, Kunstdenkmäler Bd. III S. 183 scheint es sich nur um die Erneuerung eines älteren Kelches gehandelt zu haben.

¹⁰⁾ H. 1605, 68 (dabei einige lateinische und deutsche Verse Caspar Hoffmanns auf das Kripplein Christi), 1616, 21; Lauterbach, Herb. S. 325.

¹¹⁾ Lauterbach, Zion S. 334 nach der Anon. Chronik; H. 1606, 30.

Jahre 1607 wurde die Orgel erbaut, die allerdings schon im Jahre 1612 vergrößert wurde¹⁾. Gleichzeitig mußte man sich entschließen, eine andere Glocke zu beschaffen, da die beiden Glocken, die man bisher benutzt hatte, auf Verlangen des Plebans in die Hospitäler zurückgebracht werden mußten. Die Kosten für Orgel und Glocke wurden aus einer besonderen Kollekte bestritten. Am 16. Juni 1607 konnte die neue Glocke zum ersten Male geläutet werden²⁾. Im gleichen Jahre wurde der neue Altar, ein Geschenk mehrerer Müller, errichtet³⁾ und die unterste Empore ausgemalt⁴⁾. Auf der von der Kürschnerinnung gestifteten⁵⁾ Kanzel konnte Herberger am 21. März 1608 die erste Predigt halten⁶⁾. Mit der in demselben Jahre erfolgten Errichtung des Schöffengestühls und der Ausmalung der Decke⁷⁾ war dann der Ausbau der Kirche im wesentlichen vollendet. Später wurde sie noch mit dem Wappen der im Jahre 1627 neben der Kanzel bestatteten Gattin des Starosten Radomicki und einem „feinen Epitaphium“ des Bürgermeisters Adam Hennig, eines der ersten Kirchenvorsteher, geziert⁸⁾. Leider ist alles dies bei dem Brande des Jahres 1644 zugrunde gegangen. — Auch an Geldspenden fehlte es nicht. Neben Bürgern⁹⁾ begegnen uns benachbarte Edelleute als Spender. So vermachte im Jahre 1613 Abraham von Kottwitz der Ältere auf Gurschen und Käfel (Kabel) dem Kripplein Christi 100, der Stadtschule 20 und den beiden Geistlichen Herberger und Timaeus 50 bzw. 30 Gulden, „weil sie beyde so bestendig in aller anfechtung bey dere vangelischen gemeine aldar verharret und (der Spender) viel schöner lehren und trost, auch alle liebe und freundschaft aldar empfunden“¹⁰⁾. — In der Zahl der Kirchenvorsteher trat im Jahre 1606 eine Änderung ein. Infolge eines Streites mit dem Rate legten zwei dieser verdienten Männer (Hennig und Vechner) ihr Amt nieder. An ihre Stelle trat Georg Hoffmann, der Bruder unseres Chronisten, so daß es fortan nur drei Kirchenvorsteher gab¹¹⁾.

V. Die Gegenreformation seit der Rückgabe der Pfarrkirche.

Auch nach der Abtretung der Pfarrkirche trat der gewiß von vielen erschnitte¹²⁾ Friede nicht ein. Ehe wir jedoch auf die neuen Streitigkeiten eingehen, wollen wir erst sehen, wie sich die Katholiken in Fraustadt einrichteten. Grzempski versah auch jetzt sein Amt

1) H. 1607, 34, 36, 45; 1612, 33, 47.

2) H. 1607, 18, 37.

3) H. 1607, 39; Lauterbach, Herb. S. 316.

4) H. 1607, 45.

5) Ebenso schenkte die Schneiderzunft ein prächtiges Gewand für die Feier des Abendmahls, Lauterbach Herb. S. 317.

6) H. 1608, 21; Lauterbach, Herb. S. 316.

7) H. 1608, 50, 51; Lauterbach, Zion S. 335.

8) Lauterbach, Zion S. 475.

9) Lauterbach, Zion S. 334.

10) Inscriptiones Wschow. 1611—13 f. 424a.

11) H. 1606, 30.

12) So schrieb der Vogt Michael Meissner zum Beginn des Jahres 1605 im Vogtbuch (Vogtbuch 1604—05 f. 220a):

Jurgia deficiant, vigeat pax aurea in urbe
Et novus hic annus mitia fata ferat
Praesepique tuo maneant pia dogmata verbi,
Ut tua cantetur gloria, Christe puer.

nicht selbst, Vielmehr setzte er als seinen Kommendar einen gewissen Matthias Rogacki ein¹⁾. Zum deutschen Prediger wurde vom Bischof der Posener Jesuit Michael Horn bestimmt. Doch kann er nicht sehr lange in Fraustadt gewesen sein, da schon im August 1605 ein Prediger Martin erwähnt wird²⁾.

Während Rogacki weniger hervortritt, muß Horn eine ziemlich streitlustige Persönlichkeit gewesen sein. Wie Lauterbach berichtet³⁾, schickte er Herberger vier scharfe, gegen die evangelische Lehre und die Person Luthers gerichtete Thesen zu, über die er mit ihm vor einer königlichen Kommission und dem Fraustädter Rate disputieren wollte. Mit dem Johannisfeste des Jahres 1604, an dem die Disputation stattfinden sollte, muß der 27. Dezember gemeint sein, wenn damals auch nicht eine königliche, sondern nur eine bischöfliche Kommission zur Übernahme der Pfarrkirche in Fraustadt war. Übrigens kam es nicht zu einer solchen Disputation. Vielmehr begnügte sich Herberger damit, die vier Thesen Horns durch vier andere zu widerlegen, wobei er es an einem Seitenhieb auf Grzempski nicht fehlen ließ⁴⁾ und den Jesuiten zum Schlusse ziemlich derb abfertigte⁵⁾. Eine ähnliche Abfertigung soll sich Horn im Jahre 1605 von dem Posener Prediger Georg Enoch (Weigenheim) geholt haben⁶⁾. Daß er seine Aufgabe ernst nahm, sehen wir aus seiner am 10. Februar 1605 ins Grodbuch eingetragenen Denkschrift über die Gründe, aus denen die katholische Sache in Fraustadt keine Fortschritte mache⁷⁾. Da diese uns trotz ihrer Übertreibungen einen guten Einblick in die Verhältnisse gibt, soll sie im Anhange abgedruckt werden.

Obgleich es somit an katholischen Priestern nicht fehlte, konnte von einem ordentlichen Gottesdienste kaum die Rede sein. Zu den deutschen Predigten erschienen, wie Horn in seiner Denkschrift klagt, nur zwei bis vier Zuhörer. Wenn er als Ursache dieses geringen Besuches die Furcht vor der protestantischen Bevölkerung ansieht, so waren doch auch tatsächlich kaum mehr Katholiken in der Stadt. Als am 9. Juni 1605 zum ersten Male wieder das Fronleichnamsfest mit einer öffentlichen Prozession um den Markt gefeiert wurde, nahmen an dieser, wie die Hoffmannsche Chronik und das Oberpritschener Kirchenbuch übereinstimmend berichten, zwar der Starost und ein benachbarter Edelmann Peter Opalinski mit seinen Bauern und Heiducken teil, aber niemand von den Bürgern. Ja, diese hielten sich geflissentlich in ihren Häusern. Es fehlte auch nicht an einem komischen Nachspiel, indem ein vorwitziger Bürger nach der Prozession von einem Heiducken mit Erbsen ins Gesäß geschossen wurde⁸⁾. Von einem Übertritt evangelischer Bürger zum Katholizismus finden wir keine Spur. Vielmehr bezeugt Herberger ausdrücklich, daß „nicht eine einzige Person vom Evangelio abgefallen sei“⁹⁾.

¹⁾ Zum ersten Male erwähnt wird er als Zeuge bei den Verhandlungen vom 1. Januar 1605, s. oben S. 18.

²⁾ Inscr. Wschow. 1604—05 f. 338b.

³⁾ Zion S. 277.

⁴⁾ Vgl. oben S. 3.

⁵⁾ *Tractent scurrilia scurri, sicut fabrilis fabri. Ergo theologi evangelici Wschovensenses tractabunt theologica et evangelica.*

⁶⁾ Zion S. 280.

⁷⁾ Inscript. Wschow. 1604—05 f. 266b. Konzept im Grodprotokoll von 1605 (bei den „Relationes“).

⁸⁾ Vgl. H. 1605, 25, wo auch die betreffende Stelle des Kirchenbuches abgedruckt werden wird. Auch Clapius und Lauterbach (Herb. S. 329—32) gedenken dieses Festes.

⁹⁾ Evangelische Herzpostille 8. Aufl. 1674 S. 31 (zum 4. Adventssonntage), Zion S. 335 f.

Auch sonst war die Lage der katholischen Geistlichen und ihrer wenigen Gläubigen keine beneidenswerte, da sie, wie Horn sich übertreibend ausdrückt, wie Lämmer unter reißenden Wölfen lebten und seitens der erbitterten Bevölkerung mancherlei Unbilden ausgesetzt waren.

Über solche Unbilden beschwerten sich schon am 27. Dezember 1604 die zur Übernahme der Pfarrkirche in Fraustadt anwesenden bischöflichen Abgesandten (S. 17)¹⁾. Bis in den April 1605 hinein ist dann das Grodbuch angefüllt mit Protesten, die teils von Grzempski selbst, teils von seinem Kommendar vorgebracht wurden²⁾. Auch die wiederholt angeführte Denkschrift Horns können wir hierher rechnen. Da wird geklagt, daß protestantische Aufpasser sich in der Pfarrkirche und ihrer Umgebung bewegten und so den Besuch des Gottesdienstes hinderten, daß die evangelischen Geistlichen das Volk gegen die Katholiken aufregten, daß der Rat und die Zünfte jeden, der etwa übertreten wolle, mit Verbannung bedrohten. Aber auch über direkte Ausschreitungen wird uns berichtet. So beschwert sich Grzempski am 8. Januar „non sine gravi animi angustia et maerore“, daß die Fenster der Pfarrkirche eingeworfen, die Dächer durch Steinwürfe beschädigt, Vieh in die Kirche getrieben, die Messe absichtlich durch Lärm gestört, die Priester und katholischen Bürger beschimpft und geschlagen, endlich beleidigende Verse gegen die Geistlichen an die Kirchtüren geheftet würden³⁾. In anderen Protesten wird über Verunreinigung des Kirchplatzes und über Verletzung der katholischen Schüler und Kirchenbediensteten durch die Stadtdiener geklagt. Eine Hauptrolle in diesen Ausschreitungen sollen die Tuchmacher gespielt haben. Es ist das nicht weiter zu verwundern, da diese die bei weitem stärkste Innung Fraustadts bildeten und auch sonst bei allen bürgerlichen Unruhen im Vordergrund standen. Außer gegen die Unfugstifter selbst, die naturgemäß in vielen Fällen unbekannt blieben, richteten sich die erwähnten Beschwerden meist auch gegen die städtischen Behörden und die evangelischen Geistlichen, denen man Anstiftung oder wenigstens Begünstigung dieses Treibens vorwarf. Wie weit die angeführten Klagen auf Wahrheit beruhen, wie weit sie übertrieben sind, können wir nicht im einzelnen feststellen. Jedenfalls scheint es, daß die Stadtbürgerschaft und die protestantischen Prediger unschuldig waren; bedurfte es doch bei der begreiflichen Erbitterung des Volkes gewiß keiner besonderen Aufforderung von maßgebender Stelle, um Ausschreitungen hervorzurufen.

Hand in Hand mit den besprochenen Beschwerden gingen solche über ungenügende Ausführung des zwischen der Stadt und Grzempski abgeschlossenen Vertrages. So klagt Horn in seiner Denkschrift, daß der Magistrat seit der Abreise des Starosten, die bald nach der Übergabe der Pfarrkirche erfolgt sein muß, nicht das geringste (*ne floccum quidem*) zurückgegeben habe. Auch diese Angaben können wir nicht nachprüfen. Von evangelischer Seite hören wir nur, daß dem Pleban am 3. Februar die zur Pfarrei gehörigen Äcker, am 14. Februar das bisher von Valerius Herberger bewohnte Haus eingeräumt worden seien⁴⁾.

¹⁾ Inscript. Wschov. 1604—05 f. 248a.

²⁾ Wir haben solche vom 8. und 11. Januar, 14. März, 1. und 4. April, a. a. O. f. 257a, 259a, 270b, 278b, 280a.

³⁾ Ein recht derber gegen Horn gerichteter wird mitgeteilt.

⁴⁾ H. 1605 6, 10. Nach A. C. hatte Herberger dasselbe am 11. Februar verlassen müssen.

Aber auch mit dem Vertrage selbst war die katholische Partei in ihrer Unersättlichkeit unzufrieden. Ihren schärfsten Ausdruck findet diese Stimmung in der Denkschrift Horns, der geradezu sagt, daß die Katholiken in der Kommission, die diesen Vertrag (am 30. September 1604) bestätigte, geschlafen hätten und daß jene „*commissio*“ eher eine „*ommissio*“ genannt werden müsse. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der Pleban in seinen Forderungen immer weiter ging. So forderte er schon am 17. Januar, daß auf dem alten Kirchhof, dessen in dem Vertrage nicht gedacht war¹⁾, keine Evangelischen mehr begraben werden sollten. Allerdings konnte er seine Absicht vorläufig noch nicht durchsetzen²⁾. Im Juli versuchten die Katholiken bereits, sich der Oberpritschener Kirche zu bemächtigen, obgleich diese der Stadt ausdrücklich vorbehalten war. Der Rat wurde nach Posen vorgeladen, um seine Patronatsrechte zu beweisen, widrigenfalls ein katholischer Pleban eingesetzt werden sollte. Doch gelang es diesmal noch, durch ein Geschenk an den Bischof die weitere Verfolgung der Sache abzuwenden³⁾. Wie wir aus dem Grodbuch ersehen, zog der Bischof durch ein vom 18. August datiertes Schreiben an seinen Generaloffizial den Prozeß an sich⁴⁾, worauf dann vorläufig nichts weiter erfolgte.

Ein besonderer Dorn im Auge war den Katholiken natürlich die neue evangelische Kirche, das Kripplein Christi, wie überhaupt die den Protestanten in jenem Vertrage ausdrücklich gewährleistete freie Religionsübung; meinte Horn doch, daß die Bürger, wenn jene „*Synagoge*“ nicht vorhanden wäre, binnen drei Monaten zum Katholizismus zurückkehren würden. Eine Handhabe zum Vorgehen gegen das neue Gotteshaus glaubte man, wie wir aus der schon angeführten Beschwerde Grzempskis vom 8. Januar ersehen, in der Verwendung des Torturmes⁵⁾ zum Glockenturme zu finden. Etwas Ernstliches wurde jedoch auch in diesem Punkte nicht unternommen.

Bedrohlicher wurde die Lage für die Stadt, als im Herbst d. J. ein Wechsel im Pfarramt eintrat. An die Stelle Grzempskis trat aus unbekannten Gründen — Hoffmann sagt, er habe seinen Vorgänger „ausgestochen“⁶⁾ — der königliche Sekretär und Posener Domherr Johannes Krzycki, wahrscheinlich derselbe, den wir bei der Übergabe der Pfarrkirche in Fraustadt gefunden haben. Durch die angeführten Ämter war er natürlich viel einflußreicher, als Grzempski je gewesen war. Als Neffe des *surrogator castrensis* Nicolaus Krzycki von Barga (Zbarzewo)⁷⁾ stand er überdies zu einer wichtigen Adelsfamilie des Fraustädter Landes in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen. Am 9. September 1605 wurde er von dem Posener Bischof Goslicki zum Pleban von Fraustadt ernannt⁸⁾. Am 24. Oktober wurde ihm auch die Verwaltung der anderen Kirchen „*intra et citra (?) muros civitatis Schowensis*“ übertragen, bis für sie eigene Rektoren ernannt seien⁹⁾. Im Juli 1606 versuchte er sich auch der ihm

1) Der alte Kirchhof muss wohl innerhalb der Stadtmauer bei der Pfarrkirche gelegen haben, während sich der neue ausserhalb der Pforte bei der Allerheiligenkirche befand, vgl. H. 1606, 45.

2) H. 1605, 3.

3) H. 1605, 30.

4) Inscript. Wschow. 1604—05 f. 342 b.

5) *quae ut et muri divini quodam modo iuris esse dicitur.*

6) H. 1605, 39.

7) Inscr. Wschow. 1604—05 f. 380 a, 392 b; vgl. oben S. 12 Anm. 1.

8) Inscr. Wschow. 1611—13 f. 350 a.

9) Inscr. Wschow. 1604—05 f. 384 a, 1611—13 f. 274 a.

von Lucas Rydzynski übertragenen Kirche in dem benachbarten Dorfe Zedlitz (Swidnica) zu bemächtigen, wurde aber durch die Edelfrau Barbara Kottwitz mit Hilfe bewaffneter Bauern hieran gehindert. Bei dieser Gelegenheit wird uns der Name des neuen Fraustädter Kommendars Andreas Grosse genannt¹⁾.

Kaum war Krzycki am 16. September 1605 in Fraustadt eingezogen, als er gleich damit begann, wie einst sein Vorgänger fremdes Bier ausschänken zu lassen und die Stadt dadurch zu schädigen²⁾. Nachdem er dann am 12. Oktober und wiederum am 5. November vor dem Grodgerichte gegen die Stadtobrigkeit protestiert hatte³⁾, lud er diese vor den König, indem er alle Beschwerden und Forderungen der Katholiken noch einmal zusammenfaßte⁴⁾. Neben den uns schon bekannten Klagen spielte auch die angeblich auf Befehl oder mit Zulassung der Stadtbehörde erfolgte tödtliche Verwundung eines in kirchlichen Diensten stehenden jungen Mannes durch einen Stadtdiener eine Rolle⁵⁾.

Die Stadt, welche gleichzeitig auch von dem königlichen Instigator wegen Majestätsbeleidigung, besonders wegen angeblicher Beschimpfung königlicher Mandate, vorgeladen war⁶⁾, schickte am 29. November den Ratsherrn Adam Hennig und den Stadtschreiber Matthaeus Richter nach Krakau⁷⁾. Da aber wegen der Vermählung des Königs alle Angelegenheiten aufgeschoben wurden, so kehrten diese unverrichteter Sache zurück⁸⁾. Ebenso wenig Erfolg hatten die durch eine andere Citation⁹⁾ hervorgerufene Sendung des Rathsherrn Paul Peucker im Januar des folgenden Jahres und eine zweite Reise desselben im April¹⁰⁾. Erst als am 3. Mai eine vierte Gesandtschaft an den Hof ging, kam es, nimmehr in Warschau, zu einer Verhandlung¹¹⁾. Wie wir aus dem königlichen Dekret vom 13. Mai ersehen, berief sich die Stadt auf den mit Grzempski abgeschlossenen Vertrag. Krzycki dagegen erklärte, daß die damalige Kommission ihr Amt schlecht verwaltet und die Stadt den Bedingungen nicht Genüge getan habe. Der König schloß sich dem an und ernannte eine neue aus vier geistlichen und vier weltlichen Würdenträgern bestehende Kommission, die die ganze Sache noch einmal untersuchen sollte. Bezeichnend für die hierbei obwaltende Tendenz ist die Vorschrift, daß das, was der Kirche schon zurückgegeben ist, ihr jedenfalls bleiben soll¹²⁾.

1) Inscr. Wschow. 1606—07 f. 104 b, vgl. H. 1606, 72. — Auch im Jahre 1612 wird Krzycki noch einmal vereinzelt als plebanus Swidnicensis bezeichnet, Inscr. Wschow. 1611—13 f. 348 b; doch scheint die Kirche zu Zedlitz damals noch in den Händen der Evangelischen gewesen zu sein, da Herberger in den Jahren 1608 und 1612 dort zwei Leichenpredigten hielt (Trauerbinden III No. 2, 5).

2) H. 1605, 39.

3) Inscr. Wschow. 1604—05 f. 361 a, 371 a.

4) A. a. O. f. 385 a.

5) Vgl. H. 1605, 45, 46 und die dort angeführten Stellen der Grodbücher.

6) Inscr. Wschow. 1604—05 f. 385 b. — Es scheint sich immer noch um jenes Vorkommnis aus dem Anfang des Jahres 1604 (S. 11, 12) zu handeln.

7) H. 1605, 58.

8) H. 1605, 58, 64.

9) Inscr. Wschow. 1606—07 f. 6 a.

10) H. 1606, 7, 22, 28.

11) H. 1606, 29.

12) Inscr. Wschow. 1606—07 f. 69 b.

Am 5. Juni kehrten die städtischen Gesandten mit dieser Nachricht zurück¹⁾. Bald darauf wurde die Stadt von der Kommission auf den 10. Juli vorgeladen²⁾.

Am festgesetzten Tage, einem Montage, — Krzycki war schon einige Tage vorher in Fraustadt eingetroffen — begannen die Verhandlungen, die fast die ganze Woche in Anspruch nahmen. Über sie liegt uns im Grodbuch ein ausführliches, mehr als sechzig eng beschriebene Folioseiten umfassendes Protokoll vor. Aus demselben bekommen wir den Eindruck, daß die Kommissare, von denen übrigens nur sechs erschienen waren³⁾, mit verhältnismäßig großer Sorgfalt vorgingen. Da die Stadt die Einsicht der alten Privilegien verweigerte, mußte man neben einer Besichtigung der streitigen Örtlichkeiten zur Vernehmung einer Anzahl älterer Personen seine Zuflucht nehmen. Unter den fünfzehn Zeugenaussagen, die im allgemeinen nicht viel ergeben, ist die wichtigste die des früheren Fraustädter Kommendars, damaligen Schwetzkauer Altaristen Franz Tischler, die wir neben einer anderen schon am 15. Juni d. J. ins Grodbuch eingetragenen Auslassung desselben bereits im ersten Teile unserer Abhandlung verwertet haben.

In ihrer Entscheidung bewilligte die Kommission durchaus nicht, wie man nach den Äußerungen Hoffmanns annehmen könnte, alle Forderungen Krzyckis. So bestimmte sie zwar, daß die Stadt, wie es auch dem Vertrage von 1604 entsprach, die Grundstücke und Überreste der verfallenen oder niedergedrissenen Kirchen zurückgeben müsse, lehnte aber das Verlangen des Plebans, daß sie diese selbst wieder aufbauen solle, entschieden ab. Auch soll der freie Weg durch den Kirchhof bei der Allerheiligenkirche bestehen bleiben. Von dem Platze der Fronleichnamskirche sollen die Fleischbänke binnen zwölf Wochen entfernt werden. Wegen der Grundstücke und Überreste des Mönchs- und Nonnenklosters, die die Stadt doch seiner Zeit rechtmäßig durch Kauf erworben hatte (Teil I S. 17 f.) und wegen der Oberpritschener Kirche werden die Parteien an den Bischof verwiesen. Die Hospitäler sollen unter Verwaltung des Magistrats bleiben, jedoch einer gewissen Aufsicht des Plebans unterstehen. Die bei ihnen befindlichen Kirchen werden diesem zuerkannt; ebenso die streitigen Häuser um die Pfarrkirche einschließlich der im Vertrage von 1604 ausdrücklich ausgenommenen Schule und der Kaplanswohnung über der Pforte. Wegen der Privilegien und des Kirchengeräts sollen zwei Ratsherrn, zwei Schöffen und zwei Älteste vor dem Grodgerichte schwören, daß die Stadt nichts zurückbehalten habe. Die Glocken aus Pfarrkirche, Hospital und Kloster sollen dem Pleban zurückgegeben werden, die beiden in dem Uhrturm der Schule aufgehängten⁴⁾ dort bleiben. Von dem eine Anzahl frommer Stiftungen enthaltenden Testamente Lamprechts⁵⁾ soll der Pleban eine beglaubigte Abschrift erhalten. Wegen verschiedener anderer Forderungen wird ihm der Rechtsweg vorbehalten.

Die gegen den Besuch des katholischen Gottesdienstes gerichteten Verbote, deren Erlaß übrigens von den Bürgern bestritten wurde, sollen aufgehoben, die Urheber der gegen die Pfarrkirche und die katholischen Geistlichen verübten Unbilden, soweit dies noch nicht

¹⁾ H. 1606, 29.

²⁾ Inscr. Wschow. 1606—07 f. 71 b.

³⁾ Es waren dies Andreas Opalinski *secretarius maior*, Andreas Rychliczki *archidiaconus Posnaniensis*, Lucas Opalinski *capitaneus Lezniscensis*, Johannes Rosnowski *notarius terrestris Posnaniensis*, Petrus Zeronski *not. terr. Calisiensis* und Jacob Jablecki *not. castrensis Wschowensis*.

⁴⁾ Vgl. Teil I S. 18.

⁵⁾ Vgl. Teil I S. 8; Lauterbach, Zion S. 158 ff.

geschehen ist, bestraft werden. Eigenartig berührt uns ein weiterer Punkt. Krzycki hatte sich beklagt, daß die Stadt Brandstifter vor der Verbrennung an ein Kreuz heften lasse und dadurch das heilige Kreuz verhöhne. Da die Bürger sich darauf beriefen, daß diese Art der Hinrichtung in den benachbarten Gegenden Schlesiens üblich sei, so wurden sie von dieser Anklage freigesprochen. Gegen das Kripplein Christi einzuschreiten, lehnte die Kommission ab, da dessen in ihrem Ernennungsdekret keine Erwähnung getan werde.

Natürlich erkannten beide Parteien nur diejenigen Entscheidungen an, die ihnen paßten, und appellierten wegen der übrigen an den König¹⁾.

Daß um die Zeit der Kommission das Selbstbewußtsein der Katholiken stieg und diese sich nun ihrerseits manche Ausschreitungen erlaubten, sehen wir aus verschiedenen Nachrichten. So schoß, wie uns Hoffmann berichtet²⁾, am 5. Juli ein „Holunke“ in die Tür des Kripplein Christi; der Ministerial, der am 15. d. M. den Tatbestand feststellte, konstatierte gleichzeitig, daß ein Versuch gemacht worden war, die Tür in Brand zu stecken³⁾. Bald darauf (am 22. Juli) beschwerte sich die Stadt vor dem Grodgericht über die katholischen Schüler, die im Turm der Pfarrkirche unvorsichtig mit Feuer umgingen, sich den nachsehenden Stadtdienern widersetzen und betrunken zum Hause des Bürgermeisters gekommen seien — Anschuldigungen, die allerdings von katholischer Seite bestritten wurden⁴⁾.

Bald nach Schluß der Kommission gelangten die von beiden Parteien angenommenen Entscheidungen zur Ausführung. So wurde schon am 14. Juli die Bestattung von Evangelischen auf dem alten Kirchhof, der übrigens in dem Kommissionsdekret nicht ausdrücklich erwähnt ist, eingestellt⁵⁾. Am 7. August wurde der gegen die angeblichen Verbote der Teilnahme am katholischen Gottesdienste gerichtete Beschluß der Kommission durch den Ministerial öffentlich ausgerufen⁶⁾. Zu Anfang Oktober, also am Ende der zwölfwöchentlichen Frist, wurden die Fleischbänke auf dem Grundstück der Fronleichnamskirche abgeräumt⁷⁾. — Wegen der streitigen Punkte versuchte man um Mitte August noch einmal eine gütliche Verständigung, die aber an den weitgehenden Forderungen des Plebans scheiterte⁸⁾.

Die Verhandlung vor dem König, der sich damals wegen des Rokosz von Sandomir in der Festung Wislica aufhielt, zog sich immer weiter hinaus. Eine am 5. September abgeschickte städtische Gesandtschaft kehrte unverrichteter Sache zurück⁹⁾. Nachdem man sich dann zu Ende Oktober durch einen Boten vergewissert hatte, daß wieder Gericht gehalten wurde, schickte man am 16. November eine zweite Gesandtschaft nach Krakau. Aber auch diese mußte mit großen Unkosten Monate lang warten und traf am 10. Februar 1607 wieder in Fraustadt ein, ohne auch nur einen Buchstaben mitzubringen. Die königliche Entscheidung,

1) Zu den Verhandlungen der Kommission vgl. H. 1606, 41, 42 und die dort angeführte Stelle des Oberpritschener Kirchenbuches, ferner das ausführliche Protokoll, Inscr. Wschow. 1606—07 f. 191 a bis 222 b. Die Entscheidungen finden sich kurz zusammengestellt in der königlichen Bestätigung vom 19. Januar 1607, Stan S. 120—125.

2) H. 1606, 41.

3) Inscr. Wschow. 1606—07 f. 92 a.

4) A. a. O. f. 100 b—102 a.

5) H. 1606, 45.

6) Inscr. Wschow. 1606—07 f. 114 a.

7) H. 1606, 67.

8) H. 1606, 54; Inscr. Wschow. 1606—07 f. 118 a.

9) H. 1606, 63.

die am 19. Januar erfolgt war, sollte ihr durch ihren Rechtsbeistand nachgeschickt werden¹⁾. Sie lautete durchaus zu Ungunsten der Stadt, indem sie das Urteil der Kommission in den meisten Punkten bestätigte, in einigen aber verschärfte. So wurde unter die dem Pleban abzutretenden Häuser die „Münze“, an der Stelle des Nordflügels des alten Gymnasialgebäudes²⁾, ausdrücklich eingerechnet. Wegen des Kirchengeschäfts wurde ein besonderer Inquisitor, Stanislaus Ossowski von Tuchorza, ernannt. Zur Strafe für die Kreuzigung von Brandstiftern, die dem Gesetze widerspreche und nicht einmal bei Barbaren üblich sei, sollen die Bürger an einem vom Pleban zu bestimmenden Orte außerhalb der Stadt eine Säule mit dem Bilde des heiligen Kreuzes und der Passion des Herrn, also doch wohl ein Kruzifix, errichten³⁾. Wegen des Kripplein Christi wurde dem Pleban der Rechtsweg vorbehalten⁴⁾.

Mehr Glück hatte die Stadt in den Punkten, die die Kommission an den Bischof verwiesen hatte. Nachdem schon im August 1606 zwei Gesandte bei diesem gewesen waren⁵⁾, wurden sie im März 1607 von neuem wegen der beiden Klöster und der Oberpritschener Kirche vorgeladen⁶⁾. Die Gesandten kehrten jedoch, wie Hoffmann berichtet, „mit vielen Versprechungen“ zurück⁷⁾. Auch in den nächsten Jahren hören wir nicht, daß die Stadt in diesen Beziehungen ernstlich angefochten worden wäre⁸⁾.

Während so der Rechtsstreit zwischen Stadt und Pleban seinen Fortgang nahm, waren die Katholiken noch immer mancherlei Unbilden seitens der evangelischen Bevölkerung ausgesetzt. So beklagten sich am 14. Dezember 1606 mehrere Edelleute vor dem Grodgericht über Störung des Gottesdienstes durch Steinwürfe in die Fenster der Pfarrkirche. Am 23. Januar 1607 stellte der Ministerial an einem Pfeiler der Kirche Beschädigungen fest, die durch Schüsse eines benachbarten Edelmannes und seiner Untertanen veranlaßt worden sein sollten. Am gleichen Tage beschwerte sich der Rektor der katholischen Schule, der Bakkalaureus Stanislaus Borkowski, der uns übrigens schon im August 1606 im Grodbuch begegnet, daß der Rat den Einwohnern die Aufnahme seiner angeblich sehr zahlreichen adeligen und bürgerlichen Schüler verbiete, diese auch von den Bürgern beschimpft und geschlagen würden⁹⁾.

Doch wir kehren zu unserem Prozesse zurück. Nachdem der König die Beschlüsse der Kommission bestätigt hatte, mußte die Stadt sich entschließen, denselben nachzukommen. Zunächst wurden die dem Pleban zuerkannten Häuser geräumt. In den Tagen nach Remi-

1) H. 1606, 71, 73; 1607, 9.

2) Vgl. Friebe, Fraustädter Gymnasialprogramm von 1894 S. 42.

3) Dieselbe ist wahrscheinlich nie errichtet worden. Wenigstens hatte man im Juli 1608 noch keine Anstalten dazu getroffen, Stan S. 131.

4) Inscript. Wschow. 1606—07 f. 291a—296a, Stan S. 120—125.

5) H. 1606, 57.

6) Inscr. Wschow. 1606—07 f. 284 a.

7) H. 1607, 15.

8) Dass die Stadt mit dem damaligen Bischof (Andreas Opalinski 1607—23) nicht schlecht stand, ergibt sich auch daraus, dass er im Jahre 1609 oder 10 den Rat zu einer in seiner Familie stattfindenden Hochzeit lud. Die Stadt schenkte bei dieser Gelegenheit einen Kredenz im Werte von 70 polnischen Mark. Als der Bischof im gleichen Jahre (am 20. August 1610, H. 1610, 35) Fraustadt passierte, überreichte sie ihm ein Ehrengeschenk, das mit den Unkosten für die Aufnahme des Bischofs 110 Mark kostete (nach der Jahresrechnung von Michaelis 1610, Dep. Frst. B. 235). Im Jahre 1623 lud der Bischof den Rat noch einmal zur Hochzeit eines Neffen ein (Orig. Dep. Frst. B. 60).

9) Inscr. Wschow. 1606—07 f. 188 a, 257 b.

niscere (11. März) mußten der Diakonus, der Rektor und der Kantor neue Wohnungen beziehen. Die Häuser wurden in den alten Zustand versetzt, die nach der Reformation ausgeführten Zubauten beseitigt. Das Gebäude, das zur katholischen Schule bestimmt war, und die Fachwerkmauer, die man gemäß dem Vertrage von 1604 um die evangelische Schule gezogen hatte, wurden abgerissen, sodaß die auf diese Bauten verwendeten Summen größtenteils verloren gingen¹⁾.

Am 19. März war die Stadt, wie sie wenigstens am folgenden Tage ins Grodbuch eintragen ließ, bereit, dem Pleban die Schule, die streitigen Häuser — allerdings mit Ausnahme der Münze, die ihr seit alters gehöre²⁾ —, die Glocken und eine Abschrift des Lamprecht'schen Testaments auszufolgen. Da aber niemand von der Gegenpartei erschien, so unterblieb die Übergabe. Bei dieser Gelegenheit ereignete sich ein Vorfall, der uns einen Einblick in die Volksstimmung gewährt. Die große Glocke der Pfarrkirche war, als diese noch dem evangelischen Gottesdienst diente, wegen eines Sprunges heruntergelassen worden, um in Glogau umgegossen zu werden³⁾. Weil die Kirche den Katholiken übergeben werden mußte, hatte man dies unterlassen und die Glocke heimlich in einem benachbarten schlesischen Dorfe stehen lassen. Als sie jetzt auf Befehl des Rates wieder hereingebracht und neben dem Pfarrkirchturm niedergesetzt wurde, zog das Volk sie unter großem „Getümmel“ mit der Schleife, auf der sie stand, vor das Rathaus und lud sie dort ab⁴⁾.

Schlimmer ließ sich die Sache an, als man am 24. März wirklich zur Übergabe der Schule und der anderen Häuser schritt. Angeblich weil fremdes Kriegsvolk in der Nähe umherschweife⁵⁾, hatte der Rat eine Anzahl Bewaffneter in der Münze untergebracht⁶⁾. Als man nun mit der Übergabe der Häuser beschäftigt war, machten diese einen Ausfall und bedrohten den Pleban, der mit seinen Begleitern in die Pfarrkirche floh. Auch wurde die Feuerglocke am Rathaus geläutet, sodaß noch mehr Volk zusammenströmte. In seinem noch am gleichen Tage vor dem Grodgericht abgegebenen Protest stellte Krzycki es natürlich so dar, als ob der Rat den ganzen Tumult inszeniert habe, um sich der Übergabe der Häuser zu entziehen und ihn womöglich ganz zu vertreiben. Wenn es schon an sich wenig glaublich erscheint, daß die Stadtbehörde ein so gefährliches Spiel gespielt haben sollte, so ergibt sich aus der Erzählung Hoffmanns, daß der Unwillen des Volkes sich gerade auch gegen den Rat richtete; warf man diesem doch, wie wir aus einer anderen Stelle unseres Chronisten ersehen⁷⁾ allzu-große Nachgiebigkeit und blindes Vertrauen auf den Starosten und andere Katholiken vor. Nur durch eindringliches Zureden Valerius Herbergers und anderer „gutherziger Leute“ wurde das Volk endlich zur Ruhe gebracht. Am übernächsten Tage, dem 26. März, kam es noch einmal zu einem Auflauf, der aber bald zerstreut wurde. Der Rat ging nun energisch

1) H. 1607, 16, 17.

2) Dass sie diese trotz des königlichen Befehls nicht abtreten wollte, sehen wir aus einer Erklärung vom 30. April, Inscr. Wschow. 1606—07 f. 314a.

3) H. 1604, 17.

4) H. 1607, 18; Inscr. Wschow. 1606—07 f. 289b, 290a.

5) *propter populum extraneum, qui non procul a finibus regni commorari narratur.*

6) Wie aus der Kommissionsverhandlung des nächsten Jahres hervorgeht, waren es fünfzig, nicht, wie Krzycki in seinem Protest behauptet, etwa 100 Mann.

7) H. 1607, 17.

vor und ließ, nachdem einige andere entflohen waren, sechs Unruhistifter ins Gefängnis setzen, in dem sie fast anderthalb Jahre schmachten sollten¹⁾.

Die anonyme Chronik, der Lauterbach²⁾ folgt, erzählt nun, daß der Pleban am 11. April wieder nach Fraustadt gekommen sei und als Entschädigung für die von der Stadt eingezogenen kirchlichen Einkünfte für die Jahre von 1550 als dem Anfang der Reformation — tatsächlich hatte diese, wie bekannt, erst 1552 begonnen — bis 1607 je 600 Gulden, zusammen also über 34 000 Gulden gefordert habe. Ferner habe er in den Osterfeiertagen (15. bis 17. April) ein Schriftstück übergeben, in dem er außer der erwähnten Summe die Auslieferung aller kirchlichen Besitzungen und Besitztitel, die Ausbesserung der Pfarrkirche und eine nicht näher bestimmte Entschädigung für die ihm zugefügte Schmach — gemeint ist der Tumult vom 24. März — sowie für die Verschleppung des Prozesses verlangte. Am Osterdienstage seien diese Bedingungen der Gemeinde, d. h. dem erweiterten Magistrat, vorgelegt, die Beratung aber wegen schwachen Besuches der Versammlung verschoben worden. Am folgenden Tage, dem 18. April, habe der Pleban dann noch, da ihm „wider Blut zu klagen nicht gebühre“, als Sühne für jenen Tumult 20 000 Gulden gefordert. Die Bürgerschaft war jedoch zu irgendwelchen Geldzahlungen nicht geneigt. Wenigstens erklärten die Tuchmacher, man solle lieber 400 Gulden „verrechten“, als dem Pleban „zur Ungebühr 100 Gulden geben“. Ob diese Mitteilungen durchweg richtig sind, erscheint sehr zweifelhaft, zumal die anonyme Chronik manchmal nicht ganz zuverlässig ist³⁾. Namentlich die Erzählungen von den 34 000 und 20 000 Gulden scheinen stark übertrieben, da so hohe Forderungen doch auch in unseren anderen Quellen erwähnt sein würden.

Aus den Grodbüchern ersehen wir nur, daß Krzycki sich nach dem Tumulte vom 24. März wieder an den König wandte und zwei Vorladungen an die Stadt erwirkte, die eine wegen der verzögerten Rückgabe der streitigen Objekte, die andere wegen des Tumults. Am 23. April wurden beide dem Rate übergeben, zusammen mit einem königlichen Mandat vom 4. April, welches den katholischen Gottesdienst und die Person des Plebans schützen sollte⁴⁾. Der Rat sah nun wohl ein, daß er nicht länger Widerstand leisten konnte. Am 30. April hinterlegte er — wie Hoffmann betont, gegen den Willen der Bürgerschaft — die Schlüssel der Schule, des Uhrturmes und einiger anderer Häuser sowie eine Abschrift des Lamprechtschen Testaments auf dem Grodgericht, indem er gleichzeitig seine Unschuld an dem Tumult und seine Bereitwilligkeit zur Bestrafung der Übeltäter beteuerte⁵⁾. So ging nach der Kirche auch die Schule, die sie doch erst nach der Reformation aus eigenen Mitteln erbaut hatte, der evangelischen Bürgerschaft verloren.

¹⁾ Zum vorstehenden Abschnitt vgl. die ausführliche Erzählung Hoffmanns (1607, 21) und die kurzen Notizen des Oberpritschener Kirchenbuches sowie den Protest Krzyckis und die Gegenerklärung der Stadt (Inscr. Wschow. 1606—07 f. 296a. 314a). Die Anonyme Chronik und ihr folgend Lauterbach (Zion S. 239, 332 f.) setzen den grossen Tumult irrtümlich auf den 19. März.

²⁾ Zion S. 333.

³⁾ Dass sie den Tumult vom 24. März auf den 19. d. M. setzt, haben wir schon erwähnt.

⁴⁾ Inscr. Wschow. 1606—07 f. 309a ff.

⁵⁾ A. a. O. f. 314a, H. 1607, 22; vgl. auch Lauterbach, Zion S. 239, 338 f.

Die Katholiken nahmen das Schulhaus sofort in Gebrauch. Es zeigte sich aber bald, daß sie garnicht in der Lage waren, dauernd Schule zu halten, „weil nicht Knaben vorhanden“, und daß auch die anderen Häuser um die Kirche nur notdürftig bewohnt werden konnten¹⁾.

Die Evangelischen hielten erst im Kripplein Christi, dann in einem Privathause Schule, bis Anfang Juli das neben dem Kripplein Christi gelegene Haus des Schuhmachers Georg Herberger für 400 polnische Mark angekauft und an seiner Stelle ein neues Schulhaus erbaut wurde²⁾. Nach Lauterbach³⁾ wurde dieses am 22. Oktober d. J. bezogen. Seine Front zierte damals wie nach mehrfachen Erneuerungen noch heute der schöne Spruch: *Fundamentum rei publicae recta adolescentum educatio*⁴⁾.

Wenn der Rat gehofft hatte, durch die Abtretung der Schule und der übrigen Häuser den Frieden zu erkaufen, so sah er sich hierin bitter getäuscht. Schon am 30. April, gleich nach Auslieferung der Schlüssel, beschwerte sich ein Verwandter Krzyckis vor dem Grodgerichte, daß die Bürger einige Häuser wie die Münze und die Wohnung über der Pforte zurückbehalten, auch in den übergebenen Gebäuden vieles zerstört hätten⁵⁾. Nachdem dann im Sommer noch verschiedene Klagen über Störung des katholischen Gottesdienstes und ähnliche Unbilden in das Grodbuch eingetragen worden waren⁶⁾, wurde die Stadt am 28. September d. J. wieder vor den König zitiert⁷⁾. Zu einer Verhandlung kam es aber jetzt ebenso wenig wie im Frühling, weil, wie Hoffmann sich ausdrückt, „nichts gerichtet und der König immer mit den Rokoschenern (dem rebellischen Adel) zu tun hatte⁸⁾“.

Erst im folgenden Jahre kam die Sache am königlichen Hofe wieder in Fluß, nachdem Krzycki die Stadt noch wegen einer ganzen Reihe von geistlichen Zinsen vor das Grodgericht und, als dieses seinen Wünschen nicht entsprach, vor das Petrikauer Tribunal geladen hatte⁹⁾. Am 4. März 1608 ernannte der König eine neue Kommission, welche das Dekret vom 19. Januar 1607, soweit dies noch nicht geschehen sei, zur Durchführung bringen, die damals in Aussicht genommene, aber wegen der Unruhen in der Stadt unterbliebene Untersuchung wegen des Kirchengerräts nachholen und über den Tumult vom 24. März 1607 Ermittlungen an-

¹⁾ H. 1607, 22.

²⁾ H. 1607, 23, 37. Der Kaufvertrag vom 4. Juli 1607 findet sich im Ratsbuch XX f. 296a. Über das Gebäude vgl. Kothe, Kunstdenkmäler III S. 189.

³⁾ Zion S. 339.

⁴⁾ Die Erwähnung dieses Spruches bei Herberger (Trauerbinden IV concio 11) bezieht sich auf das neue, nicht, wie Lauterbach (Zion S. 338) meint, auf das alte Schulhaus.

⁵⁾ Inscr. Wschow. 1606—07 f. 316a.

⁶⁾ A. a. O. f. 334a, 346a, 347a, 370b. — Am 21. Mai klagte Krzycki vor dem Stadtgerichte gegen eine grössere Anzahl von Fraustädter Bürgern (26 Parteien) auf Rückgabe von angeblich zur Pfarrkirche gehörigen Grundstücken. Die Klage wurde jedoch wegen ungenügender Vollmacht seines Vertreters abgewiesen, Ratsbuch XX f. 402a.

⁷⁾ A. a. O. f. 433a und b. Die eine der beiden Vorladungen bezog sich auf die kirchlichen Besitzungen, die andere auf das Kripplein Christi. In der letzteren wurde wieder auf die Unverletzlichkeit der Stadtmauern hingewiesen und der Grundsatz aufgestellt, dass es an einem Orte nicht Kirchen verschiedener Bekenntnisse geben könne (*altare contra altare stare non potest*).

⁸⁾ H. 1607, 22. — Die durch den Streit mit dem Pleban veranlassten Reisen an den königlichen Hof kosteten von Michaelis 1606 bis Michaelis 1607 nicht weniger als 26+ polnische Mark (Nach der Jahresrechnung von 1607, Dep. Frst. D. 235).

⁹⁾ Inscr. Wschow. 1608—10 f. 8—15, H. 1611, 7, 11, 19.

stellen sollte. Auch sollte die Frage, ob die Münze der Stadt oder dem Pleban gehöre, noch einmal gründlich nachgeprüft werden. Zu Mitgliedern der Kommission wurden neben dem schon vor einem Jahre ernannten Stanislaus Ossowski von Tuchorza (S. 29) der Starost Wenczeslaus Kielczewski von Fraustadt (seit dem Jahre 1607 auch Kastellan von Biechowo)¹⁾, die Äbte von Paradies und Priment und der Propst von Xions bestimmt. Am 8. März kam es dann noch zu einer Verhandlung wegen der kirchlichen Einkünfte. Der Pleban verlangte Erstattung aller seit der Reformation von der Stadt eingezogenen Einkünfte sowohl der Pfarrkirche wie auch der übrigen Kirchen. Die Stadt berief sich darauf, daß Krzyckis Vorgänger, der uns schon bekannte Matthias Grzempski, auf die Einkünfte der Pfarrkirche verzichtet habe bzw. wegen derselben abgefunden worden sei (S. 5), und wies dies durch Vorlegung seiner Quittungen nach. Der König entschied, daß Krzycki auf die vor seinem Amtsantritt fällig gewesen Einkünfte der Pfarrkirche keinen Anspruch habe, verwies ihn wegen der früheren Einkünfte der anderen Kirchen an den Bischof und ordnete an, daß die Stadt wegen sämtlicher seit seinem Amtsantritt fälligen Einkünfte vor der eben erwähnten Kommission Rechnung legen sollte²⁾.

Die Kommission lud die Stadt zuerst auf den 2. Juni vor, verschob den Termin dann aber auf den 24. Juli. In der Zwischenzeit wurden, wie Hoffmann und die Anonyme Chronik berichten, am 13., 16. und 17. Juni gütliche Verhandlungen gepflogen, die aber zu keinem Ergebnisse führten, da der Pleban 6000 Gulden verlangte, während die Stadt nur 1500 zahlen wollte. Nachdem dann am 14. Juli noch ein Verhör wegen des Tumults vom 24. März 1607 stattgefunden hatte, wurde am 24. d. M. das Urteil gefällt³⁾.

Was die Untersuchung hinsichtlich des Tumults ergeben hat, erfahren wir nicht. Im übrigen begnügten sich die Kommissare, von denen übrigens nur zwei, der Starost und der Abt von Paradies, erschienen waren, in den meisten Fällen, dem Pleban den Rechtsweg vorzubehalten oder, wie z. B. wegen der Münze⁴⁾, die Sache an den König zu verweisen. Wegen des Kirchengeschickes und wegen der seit dem Amtsantritt Krzyckis fälligen kirchlichen Einkünfte sollen die Bürger schwören, daß sie nichts zurückbehalten haben. Die große Glocke der Pfarrkirche und die Wohnung über der Pforte sollen sie dem Pleban zurückgeben. Von den Entscheidungen, die ihnen nicht paßten, appellierten die Parteien natürlich wieder an den König⁵⁾.

Im Laufe der Kommissionsverhandlungen mochten beide Teile eingesehen haben, daß es das Beste sei, sich zu vertragen. So kam wenige Tage nach ihrem Abschluß, am 28. Juli, ein Vergleich zustande, allerdings, wie Hoffmann sich ausdrückt, „unter sehr harten und fast unerträglichen Bedingungen.“ Die Stadt mußte dem Pleban 2000 Gulden zahlen und überdies die kirchlichen Äcker für die Summe von 500 Gulden jährlich pachten⁶⁾. Dafür

¹⁾ Das Ernennungsdekret findet sich Inscr. Wschow. 1606—07 f. 360 a.

²⁾ Beide königlichen Dekrete finden sich in dem Kommissionsprotokoll, Inscr. Costenses 1609 f. 156 a—174 a, Stan S. 127—133. — Am 31. März 1608 lud der König auf Klage Krzyckis die Stadt noch einmal wegen der neuerbauten „synagogae vulgo dictae Krippell“ vor das Hofgericht, ohne dass wir von dem Prozess weiteres hören, Dep. Frst. B. 8.

³⁾ Vgl. das schon erwähnte Kommissionsprotokoll, ferner H. 1608, 33, 37, 38 und A. C.

⁴⁾ Die Stadt hatte es sehr wahrscheinlich gemacht, dass die Münze ihr gehöre.

⁵⁾ Nach dem Kommissionsprotokoll.

⁶⁾ Quittungen über die Pachtsumme von 1609 und 1610 finden sich Inscr. Wschow. 1608—10 f. 363a, 476b, eine entsprechende Notiz vom Jahre 1612 H. 1612, 50.

erklärte sich der Pleban für vollkommen befriedigt und erbot sich, alle gegen die Stadt anhängig gemachten Klagen zurückzuziehen¹⁾. Nun wurden endlich auch die wegen des Tumultes Eingekerkerten freigelassen²⁾. Die Tuchmacherzunft ließ sich von ihnen ausdrücklich bezeugen, daß der Aufruhr nicht durch einen Innungsbeschluß hervorgerufen, in der Zunftsitzenz vielmehr zum Frieden geraten worden sei³⁾.

Bald nach dem Vertrage überließ die Stadt auch den sogenannten „neuen Kirchhof“ den Katholiken. Im Jahre 1609 wurde auf einem städtischen Vorwerke im Norden der Stadt ein evangelischer Gottesacker angelegt⁴⁾, der im Jahre 1630 noch um ein Stück vergrößert wurde. Es ist der jetzige „Altstädtische Kirchhof“, der in der Windfahne des Tores noch heute die Jahreszahl seiner Entstehung trägt und durch seine zahlreichen Grabmäler aus dem 17. und 18. Jahrhundert wohl der interessanteste Friedhof unserer Provinz geworden ist⁵⁾. Am 25. Februar 1609 fanden die feierliche Einweihung und das erste Begräbnis statt⁶⁾. — Endlich mußte im Jahre 1611 auch die lange umstrittene große Glocke der Pfarrkirche (S. 30) zurückgegeben werden. Ja, die Stadt mußte sie mit großen Kosten in Glogau umgießen und selbst im Turm der Pfarrkirche aufhängen lassen⁷⁾.

Trotz dieser Zugeständnisse nahmen die Streitigkeiten ihren Fortgang. Zwar die Nachricht Lauterbachs⁸⁾, daß Krzycki im Jahre 1610 den Magistrat wegen der Magnalia dei, des Hauptwerkes Valerius Herbergers, vor das Petrikauer Tribunal geladen habe, findet in den zeitgenössischen Quellen keine Bestätigung. Dagegen erschen wir aus den Grodbüchern und der Hoffmannschen Chronik, daß der Pleban die Stadt in den Jahren 1609 bis 1612 aus anderen Veranlassungen wiederholt vor verschiedene Gerichtshöfe zog. Als Gründe werden angegeben, daß die Stadt sich weigere, die Pfarrkirche auszubessern⁹⁾, daß sie die Missalien (eine Art geistlicher Zinsen) nicht abliefere, die Münze und das Haus über der Pforte nicht zurückgebe und den Besuch des katholischen Gottesdienstes verbiete oder wenigstens gegen das angeblich von den Innungen erlassene Verbot desselben nicht einschreite¹⁰⁾. Wegen angeblicher Beeinträchtigung des katholischen Gottesdienstes wandte sich der Pleban im Jahre 1612 auch gegen die evangelischen Prediger Valerius Herberger und Johannes Timaeus sowie gegen den Landrichter Johannes Ossowski, der ihm bei seiner Klage vor dem Landgericht nicht zu seinem Rechte verholfen habe¹¹⁾. Von irgendwelchen endgiltigen Entscheidungen

¹⁾ Inscr. Wschow. 1608—10 f. 94b—96a; H. 1608, 38, 42; A. C. (nach der letzteren Lauterbach, Zion S. 333).

²⁾ H. 1608, 41, 46.

³⁾ Vogtbuch 1608—10 f. 134 a.

⁴⁾ Die bei Lauterbach (Zion S. 340) erwähnte Landschenkung des Peter Stoltz erfolgte erst im Jahre 1610, Ratsbuch XXI f. 299b.

⁵⁾ Vgl. Kothe Kunstdenkmäler III S. 187 ff. Schon Lauterbach, Zion S. 47 bezeichnet ihn als eine Zierde der Stadt.

⁶⁾ H. 1609, 16; Lauterbach, Zion S. 339.

⁷⁾ H. 1611, 23.

⁸⁾ Zion S. 280.

⁹⁾ Ein Bericht des Ministerials über den baulichen Zustand derselben findet sich Inscr. Wschow. 1608—10 f. 464b.

¹⁰⁾ Inscript. Wschow. 1608—10 f. 244a, 1611—13 f. 38b, 53a, 157a, 197a, 303b, 315a, 323a und b, 330a; Decreta castr. Wschow. 1608—13 f. 86b, 164b—190b; H. 1611, 7, 11, 19, 23, 54; 1612, 2.

¹¹⁾ Inscr. Wschow. 1611—13 f. 345a, 348b, 364b, 365a, 370a, 371a.

in diesen Fragen hören wir nichts. Die umfangreichen Hexenprozesse, die im Jahre 1611 ihren Anfang nahmen und die ganze Stadt und Umgegend in Aufregung versetzten¹⁾, mögen den kirchlichen Streit in den Hintergrund gedrängt haben. Seit dem Anfang des Jahres 1613 trat dann in den Beziehungen zwischen Stadt und Pleban im ganzen Ruhe ein, wozu vielleicht die schwere Pest dieses Jahres²⁾ beitrug. Auch scheint Krzycki in dieser Zeit anderweitig beschäftigt gewesen zu sein, da er im Januar 1613 seinen Bruder Felix zu seinem Bevollmächtigten in allen geistlichen und weltlichen Angelegenheiten ernannte³⁾. Als sein Kommendar begegnet uns in den Jahren 1615—20 ein gewisser Thomas aus Kostrzyn⁴⁾.

Aus der Folgezeit können wir, um den Rahmen unserer Abhandlung nicht zu überschreiten, nur das Wichtigste hervorheben⁵⁾. Als Krzycki zum Abt von Krone ernannt und der Posener Domherr und Doktor der Theologie Caspar Santoff im Jahre 1625 sein Nachfolger wurde⁶⁾, begannen die Streitigkeiten mit der Stadt wieder einen lebhafteren Charakter anzunehmen. In erster Linie bezogen sie sich, wie wir aus den Grodbüchern sehen, auf die Einkünfte der Pfarrei⁷⁾. Daneben aber wandte sich Santoff, der übrigens auch literarisch für die katholische Sache tätig war⁸⁾, auch gegen die evangelischen Geistlichen. Wie Lauterbach erzählt, lud er im Jahre 1628 die beiden städtischen Prediger vor das Petrikauer Tribunal. Die Stadt erreichte es jedoch, daß die Sache an den Posener Bischof verwiesen wurde, und dieser kam am 27. April 1629 persönlich nach Fraustadt, untersuchte die Angelegenheit und versetzte den unruhigen Pleban „an einen andern Ort“⁹⁾. An seine Stelle kam wieder ein Posener Domherr Namens Petrus Mieszkowski¹⁰⁾. Auch später finden wir als Pfarrer (Pröpste) durchweg Männer polnischer Nationalität, die häufig zugleich höhere geistliche Würden bekleideten, während uns als Kommendare Deutsche begegnen¹¹⁾.

1) Die ausführlichsten Nachrichten über diese bisher fast ganz unbekannten, sehr interessanten Prozesse finden sich in der Hoffmannschen, kürzere in der Anonymen Chronik.

2) Vgl. Lauterbach, Leben Herbergers S. 282 ff.

3) Inscr. Wschow. 1611—13 f. 365b.

4) Inscr. Wschow. 1614—16 f. 282a, 318b; Relationes Wschow. 1619—22 f. 268b.

5) Die Grodbücher habe ich für die spätere Zeit nicht mehr durchgesehen, sondern nur noch gelegentlich herangezogen.

6) Das vom 21. Mai 1625 datierte königliche Ernennungsdekret bezeichnet ihn auch als Pfarrer von Oberpritschen — ein leerer Titel, da die Kirche noch in der Hand der Protestanten war — und als decanus ruralis Wschowensis, Relationes Wschowenses 1624—33 f. 233b.

7) Auch in den Rats- und Vogtbüchern finden sich einige hierher gehörige Eintragungen, Ratsbuch 26 (1623—27) f. 112a, 114a, 116b, 121b, Ratsbuch 27 (1627—29) f. 232a; Vogtbuch 1624—26 f. 176a.

8) Seine bei Lauterbach (Zion S. 379) angeführte, in deutscher Sprache geschriebene Streitschrift mit der dort wiedergegebenen spöttischen Widmung an Zacharias Herberger befindet sich jetzt im Staatsarchiv Posen, Dep. Frst. 389.

9) Lauterbach, Zion S. 377 f. Die Erzählung Lauterbachs wird durch eine Eintragung des Ratsbuches bestätigt. Danach zitierte Santoff die beiden Prediger am 2. Dezember 1628 „tamquam violatores pacis publicae“ vor das Tribunal. „Quia vero ex eadem actione libero religionis nostrae exercitio magnum oriri posset praeiudicium“, schickte der Rat am 8. d. M. zwei Gesandte nach Petrikau, Ratsbuch 27 (1627—29) f. 290b.

10) Lauterbach, Zion S. 378.

11) So wird uns für die Jahre 1641—49 Albert Grabowski bezeugt, der zugleich Domherr von Gnesen, Posen und Warschau und königlicher Sekretär war (Stan S. 154, Dep. Frst. D. 220 S. 464—743; vgl. Korytkowski, Prałaci i kanonicy katedry metropolitańskiej Gnieźnieńskiej II S. 168 f., der allerdings G's

Einen erheblichen Zuwachs erhielt die evangelische Gemeinde seit dem Ende der zwanziger Jahre des 17. Jahrhunderts durch Zuwanderung zahlreicher um ihres Glaubens willen vertriebener Protestanten aus Schlesien, wie die Stadt überhaupt in bezug auf die Volkszahl damals ihre Blütezeit erlebte¹⁾. Ein Versuch des Königs, durch ein Edikt vom 15. Februar 1629 diese Zuwanderung zu hindern²⁾, blieb ohne Erfolg. Im Jahre 1632 hatte die Stadt, wie der Pleban Mieszkowski vor dem Grodgericht klagte, schon fast 400 schlesische Flüchtlinge aufgenommen³⁾. Ja, im folgenden Jahre bildete sich — allerdings unter hartnäckigem Widerstande der Altstadt — auf starosteilichem Grund und Boden eine besondere Niederlassung, die sogenannte Neustadt, die im Jahre 1646 sogar ein eigenes evangelisches Gotteshaus erhielt⁴⁾.

Auch insofern errang die Stadt einen kleinen Erfolg, als der König im Jahre 1631 gelegentlich eines noch aus der Zeit Krzyckis stammenden Prozesses⁵⁾ entschied, daß sie in kirchlichen Angelegenheiten nicht vor das Grod- oder Landgericht oder das Petrikauer Tribunal, sondern nur vor das Hofgericht geladen werden dürfe⁶⁾. Wie großen Wert die Stadt auf diese Entscheidung legte, sehen wir aus der siegesfrohen Aufzeichnung des Stadtschreibers im Ratsbuch⁷⁾ sowie daraus, daß sie dieselbe noch im Jahre 1699 in das Kostener Grodbuch eintragen ließ⁸⁾.

Andererseits erhielt die katholische Kirche um dieselbe Zeit einen neuen Stützpunkt in Fraustadt, indem die Bernhardinermönche sich im Jahre 1629 wieder in der Stadt niederließen und an der alten Stelle ein neues Kloster erbauten⁹⁾. Von einer Wiederherstellung des Nonnenklosters (Teil I S. 18) war dagegen keine Rede. Vielmehr wurde dieses auf Betreiben der Franziskaner (Berhardiner) selbst im Jahre 1639 auch formell aufgehoben¹⁰⁾. Doch mußte

Fraustädter Würde nicht erwähnt). Für die Jahre 1659 bis 1682, für welche die städtischen Jahresrechnungen fast vollzählich erhalten sind, nennen diese die Pfarrer Opalinski (1659—61), Sierakowski (1663—79) und Kozynowski (1679—82), von denen wir sonst nichts Näheres wissen. In den Jahren 1695 und 96 lag das Pfarramt in den Händen des Johannes de Werben Rydzinski, der gleichzeitig Archidiakon von Schrimm sowie Domherr von Gnesen und Posen war (Ratsbuch 1695—97 f. 309 a, Vogtbuch 1690—95 f. 417 a, vgl. Korytkowski III S. 431 f.), im Jahre 1698 in denen Casimir Gurowskis, ebenfalls Domherr von Gnesen und Posen (Vogtbuch 1695—1700 f. 301 a, vgl. Korytkowski II S. 168 f.). Ihm, der im Jahre 1699 starb, folgte dann der noch ausführlicher zu erwähnende Carl Poninski (s. unten S. 41). — Als Kommendare begegnen uns Johann Gandermann (1632, Relationes Wschow. 1624—33 f. 1112 b), Matthias Hoffmann (1698, Vogtbuch 1695—1700 f. 301 a) und Matthaeus Damian Schmidt (1709, in einem Verzeichnis des Kirchenschatzes im katholischen Pfarrarchiv).

¹⁾ Vgl. Lauterbach, Zion S. 464, 75, 496.

²⁾ Relationes Wschow. 1624—33 f. 747 b.

³⁾ A. a. O. f. 1110 a.

⁴⁾ Lauterbach, Zion S. 516—525.

⁵⁾ Zu diesem Prozesse, bei dem es sich um kirchliche Gebäude und Zinsen (Missalien) handelte, gehört eine Petrikauer Tribunalsentscheidung vom 8. März 1624 (Orig. Dep. Frst. B. 18) und ein königliches Dekret vom 3. Dezember 1629 (Orig. St. A. Posen).

⁶⁾ In Dep. Frst. A. 139, Stan S. 135.

⁷⁾ Ratsbuch 28 (1629—32) f. 247 a.

⁸⁾ Dep. Frst. A. 139.

⁹⁾ Lauterbach, Zion S. 379. Der vom 25. Mai 1629 datierte Vertrag zwischen der Stadt und den Mönchen nebst der bischöflichen Bestätigung findet sich Relationes Wschow. 1624—33 f. 783 a. — Auf die von der Stadt zum Klosterbau abgetretenen Grundstücke beziehen sich einige Eintragungen der Ratsbücher, Rb. 27 (1627—29) f. 359 b, 28 (1629—32) f. 93 b, 153 a.

¹⁰⁾ Lauterbach, Zion S. 68.

die Stadt den Mönchen die vom Papste zu Rechtsnachfolgern ihrer Ordensschwwestern ernannt worden waren, für die endgiltige Überlassung des Gebäudes zwei andere Grundstücke abtreten, da die im Jahre 1579 vor dem Schöffengericht erfolgte Auflassung¹⁾ ohne päpstliche Bestätigung ungültig sei²⁾. Scheint die Rückkehr der Mönche bei der Bürgerschaft auf keinen wesentlichen Widerstand gestoßen zu sein, so stellten sich diese, wie Lauterbach hervorhebt, auch ihrerseits „ganz gütig“ gegen die Stadt. Der Guardian sagte ausdrücklich zu, daß der anzustellende deutsche Prediger alles Schmähen und Lästern vermeiden würde³⁾. Wir hören denn auch nicht, dass es zu irgendwelchen Reibungen gekommen wäre⁴⁾.

Nachdem die katholische Reaktion in der Stadt ziemlich alle ihre Pläne durchgesetzt hatte, wandte sie sich mit umso größerer Energie dem Dorfe Oberpritschen zu. Hier waren die Evangelischen seit der Einführung der Reformation (I S. 19) ziemlich unangefochten im Besitze der „Roten Kirche“ geblieben⁵⁾. Sie hatten seit dieser Zeit, wie das mit dem Jahre 1580 beginnende Kirchenbuch ausführlich berichtet, zahlreiche Ausbesserungen vorgenommen und in den Jahren 1633 und 1636, da das Gotteshaus infolge der starken Zuwanderung schlesischer Protestanten die Zahl der Gläubigen nicht mehr faßte, zwei Emporen eingebaut. Da kam am 10. Oktober 1637 ein Haufe von einigen zwanzig Polen — darunter, wie sich das Kirchenbuch ausdrückt, „Edelleute, Woschnik⁶⁾, Mönche und Pfaffen, auch Schufte und Holuncken“ — und versiegelte alle Eingänge der Kirche. Erst nach mehrtägigen Verhandlungen ließ der Rat die Kirche wieder öffnen und Gottesdienst abhalten⁷⁾.

Dieser ohne jede Benachrichtigung erfolgte Einfall sollte, wie sich aus den gleich zu erwähnenden Urkunden ergibt, die Einführung eines katholischen Pfarrers, des Propstes Christoph Zegocki von Dembno⁸⁾, darstellen, der sich vom König Wladislaus IV. die Präsentation zur Oberpritschener Pfarrei verschafft hatte. Die Stadt wandte sich klagend an den König, indem sie darauf hinwies, daß sie von jeher das Patronat der Oberpritschener Kirche besitze. Dieser ersuchte denn auch am 23. Oktober 1637 den Bischof von Posen⁹⁾, den Propst von Gewalttätigkeiten abzuhalten und auf den Rechtsweg zu verweisen, ermahnte auch in einem besonderen Schreiben Zegocki selbst zur Ruhe¹⁰⁾. Die Sache kam dann vor das Reichstagsgericht und wurde hier verschoben. Als Zegocki drängte, wurde er wiederholt zur Ruhe

1) Schöffebuch 1576—1603 f. 35 b.

2) Ratsbuch 32 (1640—41) f. 228 b.

3) Lauterbach, Zion S. 380.

4) Das Kloster brannte übrigens schon im Jahre 1667 wieder ab, sodass der heutige Bau erst der damaligen Wiederherstellung entstammt, vgl. das Oberpritschener Kirchenbuch II f. 306 a; Lauterbach, Zion S. 743.

5) Über die bisherige Geschichte der Kirche und ihrer Geistlichen vgl. die grösstenteils aus dem Kirchenbuch stammenden Ausführungen Lauterbachs, Zion S. 173—194, 502—510.

6) Gerichtsdiener.

7) Nach dem Kirchenbuch, Lauterbach, Zion S. 510 und Braune S. 33 f, der die Schilderung des Kirchenbuches wörtlich abdruckt.

8) Jedenfalls Dembno, Kreis Jarotschin, da dies das einzige Kirchdorf dieses Namens in unserer Provinz ist. — In dem katholischen Kirchenbuche von Oberpritschen wird er ausserdem als königlicher Sekretär bezeichnet.

9) Jedenfalls ist dieser der Adressat des ohne Adresse überlieferten Schreibens.

10) Dep. Frst. B. 11.

verwiesen¹⁾. Als er, über die lange Dauer des Prozesses ungeduldig, die Stadt vor das Petrikauer Tribunal zog und dort eine Verurteilung erzielte, wurde diese zuerst auf dem Reichstage von 1639, dann noch einmal durch ein königliches Dekret vom 7. September 1641 aufgehoben, Zegocki durch das letztere allerdings von der Strafe der Evokation (der Vorladung vor ein unzuständiges Gericht) freigesprochen²⁾.

Wenn die evangelische Bürgerschaft Fraustadts hiernach auf einen günstigen Ausgang hoffte, so sah sie sich schwer enttäuscht. Durch ein königliches Dekret vom 28. März 1642 wurde die Kirche, ohne überhaupt auf das Patronatsrecht der Stadt einzugehen³⁾, mit allem Zubehör Zegocki zugesprochen. In Gegenwart einer besonderen Kommission soll sie ihm innerhalb zwölf Wochen nebst allen Einkünften seit dem Tage der Präsentation (10. Oktober 1637) eingeräumt werden⁴⁾.

Am 20. Juni, dem letzten Tage der gestellten Frist, erfolgte die Übergabe. Unter dessen hatte man sich schon ein Kirchlein, einen bescheidenen Holz- oder Fachwerkbau, erbaut und einen neuen Gottesacker „auf der Wiese“ eingerichtet. Am 7. Juni, dem Pfingstsonnabend, wurde das neue Gotteshaus feierlich eingeweiht und dem bevorstehenden Feste zu Ehren Oratorium Spiritus Sancti (Bethaus zum heiligen Geist) genannt. Durch fromme Gaben zahlreicher Bürger und Bauern wurde es mit der notwendigsten Ausstattung versehen⁵⁾. Im Jahre 1706 durch Feuer zugrunde gegangen, erhob es sich bald stattlicher als vorher wieder aus der Asche⁶⁾.

Die Einkünfte der nunmehr katholischen „Roten Kirche“, die jetzt unter dem Namen des heiligen Georg erscheint⁷⁾, wurden auch in der Folge ebenso wie die der städtischen Pfarrkirche (S. 35) höheren Geistlichen polnischer Nationalität überwiesen⁸⁾, während der Gottesdienst hier wie dort von deutschen Kommendaren besorgt wurde⁹⁾. Dass der katholische

1) Durch die königlichen Dekrete vom 28. Nov. 1639 und 3. Dez. 1640, Stan S. 140.

2) Nach den chronikalischen Aufzeichnungen des Stadtschreibers im Ratsbuch 31 (1638—40) f. 316a, 336b und dem königlichen Dekret vom 7. Sept. 1641, Orig. Dep. Frst. B. 11.

3) Non condescendendo in cognitionem privilegii anni 1404 (in diesem wird Oberpritschen mit der Kirche als Besitz der Stadt erwähnt) nec iuris patronatus ecclesiae parochialis in Przyczyna wielka.

4) Stan S. 141.

5) Das Vorstehende nach dem Oberpritschener Kirchenbuch; Lauterbach, Zion S. 511 f. — Der Platz für die Kirche war nach Braune S. 34 f. für 416 Fl. gekauft worden. Über die Erwerbung des Grundstückes zum Gottesacker vgl. Ratsbuch 33 (1641—43) f. 337a.

6) Lauterbach, Zion S. 703—08; Kothe, Kunstdenkmäler III S. 199 f.

7) Tituli St. Georgii martyris. Zum ersten Male ist mir diese Bezeichnung in dem gleich zu erwähnenden Kirchenbuche begegnet.

8) Dass dieselben nicht unbedeutend waren, ergibt sich daraus, dass Zegocki sie im Jahre 1648 auf drei Jahre für 1500 Fl. jährlich an die Stadt verpachtete. In den Jahren 1651 und 1652 wurde der Pachtvertrag auf je ein Jahr erneuert, das letzte Mal unter Herabsetzung der Pachtsumme auf 1200 Fl. (Stan S. 147 f.). Auch später scheint die Stadt die Kirchengüter in Pacht behalten zu haben, da sie nach den Jahresrechnungen dem Pleban jährlich bedeutende Summen zahlte.

9) Als Pfarrer erscheinen in den städtischen Jahresrechnungen (s. oben S. 35 Anm. 11) Dobrzelewsk (1659—79), vielleicht identisch mit dem Posener Archidiakon Albert Dobrz., der im Jahre 1663 eine Visitation der städtischen Pfarrkirche vornahm (Stan S. 153 ff.), und Morenski (1679—82). — Als Kommendare nennt uns das im Jahre 1763 auf Grund früherer Aufzeichnungen zusammengestellte, jetzt im katholischen Pfarrarchiv zu Fraustadt befindliche Kirchenbuch (meist bei Gelegenheit der Taufeintragungen): Johann

Gottesdienst in Oberpritschen noch weniger als in der Stadt selbst einem wirklichen Bedürfnisse entsprach, bedarf keiner näheren Begründung. Weist doch das Kirchenbuch für die 56 Jahre von 1643 bis 1699 nur 13 Begräbnisse, 20 Trauungen und 78 Taufen auf, wobei der größte Teil der Täuflinge nicht aus dem Dorfe selbst, sondern aus benachbarten polnischen und schlesischen Orten stammte. In den Jahren 1648 bis 1665 scheint die Stelle des Kommendars denn auch unbesetzt geblieben zu sein, da die Taufen von Franziskanermönchen vorgenommen wurden. In neuerer Zeit ist die Kirche dann als besondere Pfarrkirche aufgehoben und der städtischen Pfarrei einverleibt worden¹⁾.

Auch in der Stadt wuchs die Zahl der Katholiken sehr langsam. Bei der im Jahre 1663 abgehaltenen Visitation zählte die ganze Parochie, welche die Altstadt, die Neustadt und das Stadtdorf Niederpritschen umfaßte, nur 70 Seelen²⁾. Aus dem Visitationsprotokoll erfahren wir ferner, daß der Pleban damals auf Grund eines mit Einwilligung des Bischofs abgeschlossenen Vertrages von der Altstadt vierteljährlich 625³⁾, von der Neustadt jährlich 300 Gulden erhielt, wovon er den Prediger, den Kommendar und die übrigen Kirchendiener besolden mußte. Die Zahlung der Altstadt galt als Pachtsumme für die der Stadt überlassenen kirchlichen Äcker und Zinsen⁴⁾, die der Neustadt als Ablösung des Zehnten, beide außerdem als Abfindung für die kirchlichen Amtshandlungen (*ratione administrationis sacramentorum*); war es doch in Polen allgemein üblich, daß die Evangelischen für diese nicht nur ihrem Geistlichen, sondern auch dem katholischen Pfarrer des Ortes Gebühren zu zahlen hatten⁵⁾. In der Altstadt wurden diese letzteren, wie wir aus den Kirchenbüchern ersehen, von den städtischen Behörden eingezogen⁶⁾. Das vielumstrittene Haus über der Pforte (S. 27, 33, 34) war im Jahre 1663 wieder in den Händen der Katholiken und diente als Wohnung des Predigers. Die Pfarrkirche war wieder mit einer ganzen Reihe von Altären geschmückt. Von der Fronleichnamskirche war keinerlei Spur mehr vorhanden. Die Allerheiligenkirche war teils durch

Friedrich Kirchner aus Grossglogau (—1644), Johann Baptista ab Heusing (1644), Paulus Porphyriensis (1644—46), Jacob Ignatius Marx (1666) und später noch Ignatius Raschdorff aus Neisse (1763). Erster Lehrer soll Michael Sartorius aus Grossglogau gewesen sein.

¹⁾ Doch geschah dies wohl erst im Jahre 1832, mit dem das Kirchenbuch abbricht, jedenfalls nicht schon im Jahre 1677, wie Kothe (*Kunstdenkmäler III* S. 196) angibt.

²⁾ „*Parochiani catholici sunt septuaginta*“ heisst es in dem Visitationsprotokoll. — Auch die Kirchenbücher, deren älteste Aufzeichnungen aus dem Jahre 1607 stammen, zeigen uns, dass die Seelenzahl der Gemeinde nur klein gewesen sein kann. Sie sind aber zu lückenhaft erhalten, um genauere Schlüsse zu gestatten.

³⁾ In den städtischen Jahresrechnungen findet sich die entsprechende Jahressumme von 2500 Fl. nur im Jahre 1661. In den folgenden Jahren bis 1682 ist sie bald höher, bald niedriger.

⁴⁾ In den städtischen Jahresrechnungen und den „Rechnungen gemeiner Stadtämter“ wird seit dem Jahre 1646 Ober- und Niederplebanie getrennt, von denen jedenfalls die eine die zur städtischen Pfarrkirche, die andere die zur Oberpritschener Kirche gehörigen Äcker umfasste.

⁵⁾ Auch in Meseritz finden wir ähnliche Verträge zwischen dem katholischen Pfarrer und der Stadt. vgl. Danysz S. 17, 23.

⁶⁾ Es wurden daher neben den eigentlichen Kirchenbüchern besondere Einnahmebücher geführt, in denen die für die einzelnen Amtshandlungen „an die grosse Kirche“ bzw. „aufs Rathaus“ abzuführenden Gebühren gebucht wurden.

Alter zerfallen, teils durch die Schweden zerstört. Auch die Kirchhofsmauer bedurfte dringend einer Wiederherstellung, die der Rat nach Rückkehr ruhigerer Zeiten¹⁾ vorzunehmen versprach²⁾.

Das Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken war allmählich immer friedlicher geworden. Das Stadtreghment lag durchaus in den Händen der Protestanten. Eine königliche Verordnung vom 12. November 1637, die den Katholiken wenigstens zwei Stellen in dem erweiterten Magistrate sicherte³⁾, konnte hierin nichts Wesentliches ändern. Die Stadtohrigkeit, die sich ja stets vorsichtig gezeigt hatte, hütete sich aber wohl, die Rechte oder die Empfindungen der Katholiken zu verletzen. Sie schützte dieselben vielmehr aufs sorgfältigste. So wurde im Jahre 1665 ein Tuchmacher, der die Jungfrau Maria gelästert haben sollte, im Jahre 1695 ein Student, der die Fronleichnamspzession verhöhnt hatte, streng bestraft⁴⁾. Im Jahre 1667 hören wir gelegentlich, daß der Rat den Oberpritschener Pfarrer anwies, die Bauern zu freudlichem Verhalten gegen den Kommendar zu ermahnen, was dieser allerdings, wie er selbst berichtet, nur mit innerem Widerstreben tat⁵⁾. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts wurden die evangelischen Geistlichen in ihren Bestallungen ausdrücklich zu weitgehender Rücksichtnahme auf die Katholiken ermahnt. So heißt es in der Vokation des Oberpritschener Pastors Franz Teschner im Jahre 1698, er solle „des elenchi nominalis contra Romano-Catholicos sich gänzlich enthalten, des realis aber in bescheidenen terminis und expressionen gebrauchen tanquam in ecclesia pressa“⁶⁾. Eine ähnliche Anweisung erhielt Samuel Friedrich Lauterbach, der bekannte Geschichtsschreiber Fraustadts, als er im folgenden Jahre zum Substituten des altersschwachen Diakonus Michael Schöne ernannt wurde⁷⁾. Auch in der Bürgerschaft mochte man sich allmählich an das Zusammenleben mit den Katholiken gewöhnen und den Widersinn, dass diese trotz ihrer geringen Anzahl im Besitz der großen Stadtkirche waren, nicht mehr so schwer empfinden wie anfangs.

Andererseits waren auch die katholischen Pfarrer, die ihre Fraustädter Stellung nur als Nebenamt ansahen und gewiß selten genug in Fraustadt anwesend waren, zufrieden, wenn sie die ihnen von der Stadt gewährleisteten Einkünfte richtig erhielten; und den auf festes Gehalt gesetzten Kommendaren fehlte es erst recht an einem Antrieb, eine Änderung der bestehenden Verhältnisse zu erstreben. Auch die Posener Bischöfe zeigten sich entgegenkommend. Von einer im Jahre 1661 abgehaltenen bischöflichen Visitation, der ja auch die protestantischen Kirchen unterworfen waren⁸⁾, rühmt das Oberpritschener Kirchenbuch⁹⁾,

¹⁾ Die Stadt wurde damals von den sogenannten Konföderierten schwer bedrängt, vgl. Lauterbach, Zion S. 712.

²⁾ Das Vorstehende nach dem Visitationsprotokoll, Stan S. 153 ff., die dort fehlenden Stellen über die Altäre der Pfarrkirche in dem den Registern des Stan zu Grunde liegenden Privilegienbuch, das sich im Besitze des Staatsarchivs befindet (Fraustadt C. 69).

³⁾ Lauterbach, Zion S. 73; Abschrift des Privilegs, Ratsbuch 30 (1636—38) f. 341 a.

⁴⁾ Lauterbach, Zion S. 716, Vogtbuch 1690—95 f. 453 a.

⁵⁾ Oberpritschener Kirchenbuch II f. 306 a.

⁶⁾ Ratsbuch 47 (1698—99) f. 272 a. — Charakteristisch für den ausgesprochen lutherischen Charakter Fraustadts ist es, dass bei dieser Gelegenheit die Oberpritschener Kirche als „Oratorium invariatae confessionis Augustanae“ bezeichnet wird.

⁷⁾ A. a. O. f. 425 a.

⁸⁾ Den Verlauf einer solchen Visitation aus späterer Zeit (1756) schildert uns das älteste Kirchenbuch des Kipplein Christi (1582—95) f. 292 a; jetzt abgedruckt bei Engelmann S. 42.

⁹⁾ Bd. II f. 321 a.

daß durch sie „unser Kirchen und Gottesdienst kein Hindernis gelegt, vielmehr Beförderung getan“ worden sei.

Erst der glaubenseifrige und tatkräftige Propst Carl Poninski, wie viele seiner Vorgänger zugleich Posener Domherr, der sein Amt im Jahre 1699 angetreten haben muß¹⁾, nahm den alten Streit wieder auf. Schon im Jahre 1700 lud er die Stadt vor das Posener Konsistorium und das Petrikauer Tribunal, wurde jedoch vom Könige vor das Hofgericht verwiesen²⁾. Zur Stärkung seiner kleinen Gemeinde³⁾ siedelte er auf der sogenannten „Freiheit“ Katholiken an. Er zwang die durch Krieg und Pest verarmte Bürgerschaft, die bei dem großen Stadtbrande von 1685 ausgebrannte Pfarrkirche auf ihre Kosten wiederherzustellen⁴⁾. Er begründete endlich eine später zur Residenz erhobene Jesuitenmission, welche in der wiederholt von uns erwähnten, jetzt erst der Stadt abgenommenen Münze⁵⁾ untergebracht wurde.

Auch diese Jesuitenmission, mit der eine Lateinschule verbunden war, hat den konfessionellen Charakter der Stadt nicht wesentlich zu verändern vermocht. Beim Anfall an Preußen im Jahre 1793 gehörte nur ein knappes Viertel der Bevölkerung dem katholischen Bekenntnis an⁶⁾, und bis auf den heutigen Tag ist Fraustadt eine vorwiegend protestantische Stadt geblieben.

¹⁾ Vgl. oben S. 35 Anm. 11.

²⁾ Vgl. die königlichen Dekrete vom 26. Februar und 4. Juni 1700, Dep. Frst. B. 15 und Stan S. 56.

³⁾ Das Folgende nach Friebe, Geschichte der ehemaligen Lateinschulen Fraustadts S. 41 ff.

⁴⁾ Doch bat eine Fraustädter Gesandtschaft schon im Jahre 1685 in Dresden um Bewilligung einer Kollekte, da ihnen der Wiederaufbau des Kripplein Christi erst gestattet werden solle, wenn sie die katholische Pfarrkirche wiederhergestellt hätten (Hauptstaatsarchiv Dresden Loc. 7441 Kollekten 1624 bis 1704 f. 103). Ebenso bat die Stadt im Jahre 1723 in Danzig um eine Beisteuer zum Wiederaufbau der Pfarrkirche, da der Bischof von Posen sonst das Kripplein Christi für die Katholiken in Anspruch zu nehmen drohe (St. A. Danzig, 53/40 b).

⁵⁾ In den fünfziger Jahren des 17. Jahrhunderts war diese von der Stadt zum Weinausschank verpachtet worden, vgl. Ratsbuch 36 (1651—54) f. 481 a, 37 (1654—59) f. 255 a, 330 b. Im Jahre 1679 hatte der Propst Johann Sierakowski sie in Anspruch genommen, aber offenbar ohne Erfolg, Relat. Wschow. 1676—79 f. 530 a.

⁶⁾ Von 4579 Einwohnern waren 3112 Protestanten, 1049 Katholiken und 418 Juden, „Das Jahr 1793“ S. 487.

Anhang.

Impedimenta, cur res catholica Wschovae nullum incrementum capiat.

(Denkschrift des Jesuiten Michael Horn vom Februar 1605, vgl. oben S. 23¹⁾).

Primum impedimentum: Admodum pauci, imo ferme nulli in concionibus auditores. Nam post discessum M. D. Capitanei, dum verba a concionatore germano, quem illustrissimus episcopus Posnaniensis ad id destinavit²⁾, fiunt, bini, terni quaternive solum intersunt auditores germani, homines opifices curiosi et sui juris. Ratio tantae paucitatis est perpetui in templo exploratores tam viri quam feminae, qui exploratores non tantum in templo et in omnibus eius partibus inambulantes, sed etiam in coemeterio et vicina platea non sine stomacho Catholicorum persaepe conspiciuntur.

Secundum: Ministrorum Lutheranorum inflammatus odiis furor. Hi enim quotidie concionantur explicantes plebi rudi per ordinem sacra biblia, in catholicos perpetua convitia iaciunt omnibusque modis eos in odium vulgi adducere conantur. Quae obtestationes, dirae imprecationes a ministris non adhibentur, ne quisquam se a Lutherana perfidie tanquam vero puroque salutis verbo avelli sinat! Nec mirum: agitur miseris de quaestu, uxore, liberis, focis, ventre.

Tertium: Minae senatus et opificum conspirationes. Si enim quispiam catholicam religionem amplecteretur, vulgo „Schelm“ foret, quin profugus domo³⁾ sua esse cogeretur. Hoc ipsi cives probiores privatim dictitant. Hoc ex ore notarii civitatis generosus dominus⁴⁾ Ponethowski excepit, paratusque idem nobilis est⁵⁾ coram rege, episcopo, capitaneo etc. asserere. Hoc scriba arcensis et alii catholici ut rem certam testantur.

Quartum: Populus contra catholicos exacerbatus. Meminerunt enim cives, quanti eis constet templi ereptio, quam frequentes et tam graves peccuniarias pensiones ab eis exigebat, quae oppressiones pauperum fiebant in spem retinendi templi; nunc vero et templum ereptum est et erumenae⁶⁾ exhaustae. Sequitur igitur, ut, quod odium in senatum⁷⁾, buccinatores et seniores populi tanquam exactores imprudentes tributum cives convertere deberent, hoc in

1) Der Abdruck schliesst sich an das Konzept an, da die Reinschrift mehrere Fehler enthält, auch einmal eine ganze Zeile auslässt.

2) Gemeint ist Michael Horn selbst, der Verfasser unserer Denkschrift.

3) In der Handschrift steht „domus“.

4) In der Handschrift steht „generoso domino“.

5) In der Handschrift steht „et“.

6) aerumna, Drangsal.

7) In der Handschrift steht „senatu“.

catholicos abunde effundant. Ad haec in dies peccuniaria munuscula (munuscula ut appellem debita) pro fabrica novae synagogae congeruntur (quam synagogam praesepe Christi hypocritae appellant, quod natali die Domini suas inibi blasphemias inchoaverunt). Hoc vero pro re explorata affirmatur, quod sit magna pecunia ad aedificium novae synagogae comportata. Feruntur aliqui cives duos, aliqui 5, 9, 15, 20 etc. taleros, 17 marcas etc. contulisse. Talis est fervor infelicium haereticorum in erigendis mediis, quae ducunt ad aeternos cruciatus. Gloriantur quocirca, quod anno sequenti tam sit elegans futura ipsorum structura, quam elegans est templum catholicis restitutum. Et certe aliquid machinantur, mirum namque est eorum nunc in aedificandum studium. Synagogam adornant, turrim civitatis vicinam synagogae (hoc est brame mieiska) in campanile commutarunt, aedificium turri novum ligneum superposuerunt, campanas duas suspenderunt, campanam maximam ex catholico templo acceptam in eadem turri (quae modo Glogoviae renovatur)¹⁾ appendent, ad ipsum novum templum trabes ingentes pro sequente anno ferventer convehunt. Hae peccuniarum effusiones tam praeteritae quam recentes²⁾ vix dici potest quam in catholicos plebem incendunt.

Quintum: Ipsa nova synagoga, ad quam infoelices haeretici effuse confluunt. Hac synagoga stante vix quicquam boni sperari potest; nihil³⁾ etenim foeliciter cessit Catholicis durantibus et grassantibus ministris. Nec dubium est: si haec synagoga Wschowae non esset, Wschowenses incolae intra tres menses fierent favente Christo Catholici.

Sextum: Magnificorum ac generosorum certorum clarorum virorum protectio, in quibus viris tantum fiduciae Wschowenses reponunt, quantum ne in Deo reponunt. Difficile est his patronis haereticorum, ut catholica religio caput exerat⁴⁾.

Septimum: Nulla catholicae fidei deffensio. Fit Catholicis iniuria; nemo est, qui tueatur. Involatur in templum et sacerdotes; nullus est, qui se opponat murum pro domo dei. Si quis catholicam fidem amplecti vellet, absque protectione esset. Ut agnus inter rabidos lupos, sic fides sancta inter haereticos nuda est relicta. Quaecunque libent, haereticis pro sua perfidia et contra Christi fidem Wschowae licent.

Octavum: Commissionis nulla executio. Commissio vero Wschowensis potius omissio dicenda est. Effecerunt haeretici, quod voluerunt; insignis et iactura catholici boni et ignominia. Dormiebant homines catholici in hac commissione, supervenit inimicus homo cum sua potentia et superseminavit zizania. Sed haec iuridice aliunde. Senatus Wschovensius post discessum capitanei et nobilium ne floccum plebano, ut constitutum et ab ipso sancte promissum est, restituit, et tergiversationes ipsius hoc indicant, quod parum vel nihil restituere velit. Omnia senatus hic infensatus tentat, ut parochus decipiatur et catholici magis magisque exagitentur. Quae enim capitaneo, canonicis, nobilibus senatores polliciti sunt, fraudulentem everterunt. Et bene: qui enim fidem Deo non servat, hominibus qua ratione servabit.

Nonum: Expectatio non incerta tumultus. Tumultum vero praesignat et pasquillus contra sacerdotem societatis Jesu concionatorem germanicum ad templi ostium minas per-

1) Vgl. oben S. 30.

2) Die Worte „anno . . . recentes“ fehlen in der Reinschrift.

3) In der Handschrift steht „nulli“, was jedoch keinen Sinn gibt.

4) caput exerat, das Haupt erhebt.

Praeter has rationes maioris momenti (quae sine ullo exaggerationis²⁾ artificio conscriptae sunt) reperiuntur aliae plures minoris forte pretii. Verum et hae ab hominibus fide dignis Sac. Regiae M. et episcopo referuntur. Occurrendum est initiis, ne praevaleat haereticorum insanabile virus.

2) exaggeratio, Übertreibung.



3 2400 00660 9055

LD53
M826
v.2

[illegible]

GTU Library
2400 Ridge Road
Berkeley, CA 947
For renewals call (510) (____)
All items are subject to